HAMBURG/DEN 20. JANUAR 1922

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 100 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTLEITUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSEE 5

FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VII. JAHRGANG

NR. 3

Das neue Buch von Keynes

»„The great thing about this wood", said M. Clemenceau of his pine forest in La Vendée, „is that, here, there is not the slightest chance of meeting Lloyd George or President Wilson. Nothing, here, but the squirrels" I wish that I could claim the same advantages for this book.« (Aus dem Vorwort.)

Als Fortsetzung des Buches über „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens" veröffentlichte J. M. Keynes in diesen Tagen ein neues Werk über „Eine Revision des Vertrages".[1]) War das erste Buch — im Spätsommer 1919 geschrieben — von einer leidenschaftlichen, düsteren und seherischen Sorge um das Schicksal Europas getragen, und schloß es mit Zweifeln, ob die fragwürdige Gestalt der Alltäglichkeit den Glauben an die stillwirkenden Kräfte der Dauer zu rechtfertigen vermöge, so ist die Weiterführung durch andere Züge gekennzeichnet. Die schlimmsten Folgen des Vertrages sind nicht eingetreten, weil „the actions of those in power have been wiser than their words" und, vor allem, weil der Untergrund des müden einfachen Volkes in Europa ein Maß von vegetativer Geduld gezeigt hat, das die aufgewühlte Gesellschaft einem neuen Gleichgewichtszustand entgegenführt (S. 168).

So ist die Haltung des neuen Buches ruhiger, handlungsbereiter und hoffnungsvoller. Mit einer Gebärde von gelassener Vornehmheit wirft Keynes den mit den vergifteten Speeren seiner Gegner dicht besetzten Schild in ihre Reihen zurück. Nicht an einem einzigen Punkte ist es der Kritik gelungen, das feste Gewebe seiner Beweisführungen zu lösen. Und eben darum ist begreiflich, daß den wenigen Worten, mit denen er die Kritik abschüttelt, ein Beigeschmack der Bitterkeit innewohnt, der jedoch nicht, wie bei seinem Gegenspieler Clemenceau, zu einer allgemeinen Menschenverachtung führt, sondern nur zu einer sehr ernsthaften Analyse der Art, in der heute Staatsmänner ihr Handwerk betreiben.

„It is the method of modern statesmen to talk as much folly as the public demand and to practise no more of it than is compatible with what they have said, trusting that such folly in action as must wait on folly in word will soon disclose itself as such, and furnish an opportunity for slipping back into wisdom, — the Montessori system for the child, the Public." Diese Sätze leiten das erste Kapitel ein, das eine eindringliche Untersuchung des Prozesses der Bildung einer öffentlichen Meinung enthält. Das Verfahren, daß niemand mehr das sagt, was er meint, daß kein Wort mehr seinem kernhaften Sinn gemäß gebraucht wird, daß jede öffentliche Kundgebung eine falsche Deklamation vor einem falschen Publikum darstellt, hat zu einem widerwärtigen Durcheinander gebrochener Halbtöne geführt, aus dem es nur eine Rettung gibt: der metallklaren Stimme der Aufrichtigkeit und Wahrheit wieder Geltung zu verschaffen. Diese wenigen Seiten, auf denen das Ineinander der offenen „öffentlichen Meinung", der privat gesprochenen „öffentlichen Meinung", und der geheim geflüsterten „eigentlichen" Meinung in den Zirkeln der Einsichtigen dargelegt wird, sollten mit schonungsloser Selbstkritik von allen denen gelesen werden, die in irgendeinem Sinne „Wortführer" der Gesellschaft sind. Für die Demagogen aller Länder und aller Parteien, die die ernstesten Dinge nur noch mit jenem zur „pli de la profession" gewordenen Augurenlächeln behandeln können, ist hier viel zu lernen. Und nicht nur hier. Das Buch ist wiederum mehr als eine nationalökonomische Leistung. Es ist ein Dokument männlicher Wahrhaftigkeit, eine Durchdringung wirtschaftlicher und politischer Tatsachen mit allen Mitteln einer klugen, ironischen und tief humanen Geistigkeit, es enthält eine Psychologie Europas und Amerikas, eine Soziologie des Herrschens und des Beherrschtwerdens, und es stehen schließlich in diesem reichen Buche einige Zeilen über die Stadt Wien, in denen sich dunkles Schicksal und lichte Grazie zu dem gleichen unnennbaren Zauber verweben, wie in Mozarts Musik.

*

Wir versuchen nun, einen Bericht über den Inhalt insoweit zu geben, als er für die gegenwärtige Stellung Deutschlands im Netz der Reparationsfragen von Bedeutung ist. Das zweite Kapitel bietet einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Reparation von Versailles bis zum zweiten Ultimatum von London. Die Entscheidung über Oberschlesien wird nicht nur in der Sache angefochten, sondern auch die Zweckmäßigkeit der Methode bezweifelt, verwickelte europäische Streitfragen zur Schlichtung „elderly gentlemen from South America and the far Asiatic East" zu überlassen, die sich dem Dilemma nur durch eine rigoros formaljuristische Behandlung entziehen können, bei der das salomonische Urteil „Divide ye the living child in twain" tatsächlich vollstreckt wird (S. 9—11). Die Serie der Konferenzen von San Remo (April 1920) bis Spa (Juli 1920) wird geschildert, und hervorgehoben, daß sie zwar im einzelnen durchweg Fehlschläge darstellen, als Ganzes aber dennoch einen langsamen Fortschritt zur Vernunft bedeuten. Zwar bevorzugt

[1]) A Revision of the Treaty. Macmillan & Co., London 1922. VIII + 223 pages 7 s 6 d. — Eine deutsche Übersetzung soll im Verlag von Duncker & Humblot München und Leipzig, erscheinen.

die Entente zunächst die asymptotische Linie, und vermeidet auf der ersten wirklichen Zusammenkunft mit Deutschland in Spa, Juli 1920, noch mit vieler List die gefürchtete Besprechung der Reparationsfragen. Unter günstigen Umständen gehen zwar die Erörterungen der Sachverständigen in Brüssel (Dez. 1920) vor sich, aber wieder ist es die französische Politik, die die Weiterführung des Verständigungsgedankens hindert. Dennoch — meint Keynes — bedeutete diese Konferenz eine neue Phase in Englands Beziehungen zu Deutschland. Die beiderseitigen Beauftragten trafen sich in ungezwungener Weise und sprachen miteinander wie vernünftige Wesen (S. 19). Nachdem jedoch Leygues in Frankreich durch Briand ersetzt worden war, kam es zu den Pariser Beschlüssen vom Januar 1921, die das diktatorische Verfahren der nächsten Monate einleiteten. Diese Beschlüsse hält Keynes für ein besonders schlagendes Beispiel jener demagogischen, augenzwinkernden Politik, die das offen Gesagte heimlich selbst verspottet, die aber eben doch zu den stärksten Erschütterungen zu führen vermag, weil die mißleitete öffentliche Meinung, einmal freigelassen, nicht immer den neuen Winken der alten Hexenmeister gehorcht.

So ist es Lloyd George zwar gelungen, Frankreich von der Besetzung des Ruhrgebietes zurückzuhalten, jedoch nur auf Kosten dessen, daß Deutschland im zweiten Londoner Ultimatum abermals eine Verpflichtung auf sich nehmen mußte, über deren Unerfüllbarkeit in den „inneren Zirkeln" der Entente nicht der geringste Zweifel bestand. Dennoch hält Keynes für richtig, daß Deutschland diese Vorschläge annahm, zumal der Aufbau der Schuldverschreibungen (50 Milliarden verzinslich, 82 Milliarden unverzinslich) doch eine neue Staffel auf dem Wege zur Vernunft andeutete.

Die zwischen dem ersten und zweiten Londoner Ultimatum befolgte Politik der Drohungen, militärischen Erpressungen und gewalttätigen Einbrüche in das deutsche Reichsgebiet gibt Keynes Veranlassung, in einem besonderen Exkurs (S. 51 ff.) zu prüfen, ob die Besetzung weiteren Gebietes am rechten Rheinufer mit dem Vertrag von Versailles vereinbar sei. Seine Antwort ist, gestützt auf Artikel 17 des Vertrages, und §§ 17 und 18 des Anhanges II von Teil VIII, bedingungslos verneinend. Die sogenannten „Sanktionen" waren offene kriegerische Gewalt gegen ein wehrlos gemachtes Volk. Diese rechtlichen Ausführungen haben auch für das Ergebnis von Cannes Bedeutung: Deutschland ist ein Moratorium zwar nur unter gewissen Bedingungen gewährt worden. Aber auch deren Nichterfüllung aus Unvermögen würde keine zu Gewaltmaßnahmen berechtigende schuldhafte Handlung Deutschlands darstellen, sondern lediglich die Reparationskommission verpflichten, nach Anhörung Deutschlands dem Obersten Rat Vorschläge zu unterbreiten.

Noch eine zweite rechtliche Untersuchung, die in dem Buche einen breiten Raum einnimmt (S. 134—151), ist für Deutschland von größtem Interesse: eine nochmalige Nachprüfung der Frage, ob die Alliierten berechtigt waren, in die Kriegsentschädigung die Ausgaben für militärische Pensionen mit einzurechnen. Unter Heranziehung neuerer Veröffentlichungen aus französischen und amerikanischen Kreisen kommt Keynes mit noch stärkeren Argumenten, als in seiner ersten Schrift, zu dem Ergebnis, daß die Pensionen unter keinen Umständen unter die „Schäden der Zivilbevölkerung" gerechnet werden durften: „I do still think that this particular act was an exceptionally mean one, made worse by hypocritical professions of moral purpose." (S. 136.) Aber nicht nur Gründe des Anstandes, auch solche der praktischen Politik verpflichteten zur Wiederaufrollung dieser Frage. Würde die Ungerechtigkeit dieses Anspruches erkannt, so fielen zwei Drittel der Londoner Forderung von 132 Milliarden in sich zusammen.

Versucht man, aus den sich folgenden Forderungen, die Deutschland präsentiert wurden, eine Entwicklungstendenz abzuleiten, so seien die Aussichten dafür, schließlich auf die mögliche Höchstsumme zu kommen, nicht ganz ungünstig. Keynes gibt eine Übersicht (S. 66) der Jahresleistungen, mit denen in den verschiedenen Stadien gerechnet wurde:

	Milliarden Goldmark
1. Agitationszahl für die britischen Parlamentswahlen Ende 1918	28,8
2. Finanzminister Kloß' Voranschlag in der französischen Kammer 5. 9. 19	18
3. Aufstellung der Reparationskommission April 1921	8,28
4. Londoner Abmachung, Mai 1921	4,6[2])

Ihre wahre Bedeutung empfängt aber diese Antiklimax erst durch die vernichtende Kritik, die Keynes an den Zahlen übt, die der Reparationskommission für ihre Entscheidung im April 1921 vorgelegt wurden. Auf die Einzelheiten (vergl. ch. IV: The reparation bill, S. 98—122) kann hier nicht eingegangen werden. Zur Kennzeichnung der französischen Zahlen sei aber immerhin hervorgehoben, daß sich nach ihnen der Wert eines einzelnen Hauses im zerstörten Gebiet, in dem vorwiegend Kleinbauern und Bergleute wohnten, auf etwa 2275 £, oder — bei einem Kurs auf London von 750 — auf etwa 1 706 000 Papiermark stellen würde (S. 108). Der Hausrat dieser glücklichen Bewohner Frankreichs aber wird mit über 1000 £ oder rund 750 000 Papiermark angenommen (S. 111)! Keynes kommt nach Prüfung auch der anderen Posten zu dem Ergebnis, daß Frankreichs Rechnung wahrscheinlich 3—4mal, sicher aber 2—3mal zu hoch angesetzt war (S. 114). In gleichem Maße scheint ihm die belgische Schadensrechnung, in erheblich geringerem die englische übertrieben (S. 114/15). Auf solchen Grundlagen waren die Alliierten zu dem Betrage von 223½ Milliarden Goldmark gekommen, den die Kommission dann um etwa 42 %, eben auf 132 Milliarden, herabsetzte. Wichtig ist, daß der englische Delegierte, Sir John Bradbury „with skilful and even passionate advocacy" für eine Minderung auf 104 Milliarden sich einsetzte (S. 119). Keynes kommt zu dem Ergebnis, daß eine nach den Buchstaben des Vertrages von Versailles aufgemachte Rechnung sich auf rund 110 Milliarden Goldmark belaufen müsse, davon 6 Milliarden für die belgische Schuld, 30 Milliarden für zerstörte Gebiete und Zivilschäden, und 74 Milliarden für militärische Pensionen, welcher Forderung Keynes die Rechtsgültigkeit abspricht (S. 122).

Bekanntlich hatte Keynes im August 1921 die Undurchführbarkeit des Londoner Ultimatums vorausgesagt. „Some time between February and August 1922 Germany will succumb to an inevitable default" (S. 71). Er setzte dabei voraus, daß die deutsche Regierung nach vernünftigen Grundsätzen verfahre und jede Leistung als unmöglich ansehen würde, die nicht dauernd aus laufendem Einkommen erbracht werden könne. Von diesem allein denkbaren Standpunkt aus, der Deutschland bereits im Dezember 1920 zu dem Moratoriumsgesuch zwang, prüft Keynes die Durchführbarkeit des Londoner Ultimatums. Nach drei Richtungen müsse die Reparationslast betrachtet werden: als ein Exportproblem, als ein Problem des Staatshaushaltes, und als ein Problem des deutschen Volkseinkommens (S. 72 ff.).

Der weitverbreitete „Mythus" von Deutschlands riesenhaften Exporten wird durch Zahlen widerlegt (S. 73), aus denen sich ergibt, daß Deutschland in den sechs Monaten Mai bis Oktober 1921 für 1864,8 Mill. Goldmark exportierte, dagegen

[2]) Diese Zahl rechnet mit einem deutschen Export von 10 Milliarden, dem Doppelten der 1920 tatsächlich erreichten Zahl. (Anmerkung von Keynes.)

für 2443,3 Mill. importierte. Die für den gleichen Zeitraum fälligen Reparationsverpflichtungen betragen 1484,8 Mill. Goldmark oder etwa 80 % des Exportes. Eine Einschränkung des Imports ist nur in geringem Maße möglich, dagegen soll einmal theoretisch angenommen werden, daß Deutschland bei konstantem Import seine Ausfuhr auf 10 Milliarden Goldmark zu steigern vermöchte, um daraus dann 4,6 Milliarden für Reparation zu leisten. Würde dann nicht — so fragt Keynes — diese einseitige Ausdehnung der Exporte von der englischen Industrie als der Gipfel der deutschen Verbrechen (her crowning crime) betrachtet werden?

Auch das Problem des Budgets kann zu befriedigenden Ergebnissen nicht führen. Die Regierung muß bei der Aufstellung des Haushaltes ein der gegebenen Sachlage entnommenes Verhältnis zwischen Gold und Papiermark zugrunde legen. Wenn dieses nun so völlig über den Haufen geworfen wird, wie durch die Entwicklung der Wechselkurse in der zweiten Hälfte 1921, so ist es „beyond the power of any Finance Minister to adjust taxation to such a situation quickly" (S. 75). Weitere Untersuchung führt Keynes zu dem Urteil, daß ein Budget auf Basis des Londoner Ultimatums überhaupt nicht ins Gleichgewicht gebracht werden kann, daß es sogar schon Ausdruck einer großen Anstrengung und beträchtlichen Leistung sein würde, wenn Deutschland für 1922—23 seinen Haushalt ohne alle Summen für Reparation zu balanzieren vermöchte (S. 78). Schließlich wird diese Folgerung ergänzt durch eine höchst sorgfältige Analyse der deutschen Steuer- und Einkommensverhältnisse (S. 79—85), die ergibt, daß durchschnittlich von jedem Einkommen mindestens 42 % für Reparation gezahlt werden müßten, obwohl der Lebensstandard weiter sinken würde.

Ehe wir nun die neuen Vorschläge betrachten, in die das Buch von Keynes mündet, ist es notwendig, noch seine Ausführungen über das Wiesbadener Abkommen und den Wert von Sachlieferungen überhaupt wiederzugeben. Keynes billigt das Abkommen, soweit es die französischen Empfänger deutscher Reparationsleistungen in unmittelbare Verbindung mit den deutschen Fabrikanten bringen will. Er schließt sich dagegen den Bedenken Sir John Bradburys (dessen Bericht als Anlage VIII abgedruckt ist) an, soweit das Abkommen eine Bevorzugung Frankreichs und eine freiwillige Mehrbelastung der deutschen Finanzen bedeutet. Eine Priorität Frankreichs sei gerechtfertigt, sie müsse aber Teil einer offenen Revision des Londoner Ultimatums sein (S. 87). Im übrigen glaubt auch Keynes — und diese Sätze mögen wiederum von den deutschen Demagogen beachtet werden —, daß die Konkurrenzfurcht in den Empfangsländern einen großen Umfang der Sachlieferungen verhindern werde, und daß der praktisch-politische Sinn des Wiesbadener Abkommens mehr darin bestehe, daß es sei „a pretext for behaving sensibly, without having to suffer the indignity and inconvenience of thinking and speaking so too" (S. 92).

Das Problem „Geld- oder Sachleistungen?" wird in größerem Zusammenhang noch einmal nach seiner Beziehung zum internationalen Güteraustausch untersucht. Es sei augenblicklich „fashionable", auf die störenden Wirkungen hinzuweisen, die der deutsche Export auf dem Weltmarkt hervorrufe (S. 152). In der Tat sei es aber ziemlich gleichgültig, ob Deutschland einem Empfangsstaat Waren schicke oder ihm Geldzahlungen mache, für die es sich die Devisen auf Märkten beschaffe, die auch Absatzgebiet dieses Empfangsstaates sind. Ebenso sei es ziemlich zwecklos, sich im Wege der Sachleistungen nicht-konkurrierende Güter liefern zu lassen, so lange konkurrierende Güter von Deutschland auf andern Märkten abgesetzt werden müßten, z. B. um den notwendigen Import zu bezahlen. „This is simply to bury one's head in the sand". Nach der Eigenart seines wirtschaftlichen Aufbaues könne Deutschland in der Hauptsache nur solche Güter exportieren, bei denen es mit den Hauptindustriestaaten unmittelbar in Konkurrenz stehe. Keynes gibt die folgende interessante Übersicht über die Zusammensetzung des deutschen Exports (S. 156):

Warenart	Prozentsatz des Gesamtexports 1913	Jan./Sept. 1920	Juni/Sept. 1921
Eisen- und Stahlwaren	13,2	20	22
Maschinen (einschl. Motorfahrzeuge)	7,5	12	17
Chemikalien und Farbstoffe	4	13	9,5
Brennstoffe	7	6,5	?
Papierwaren	2,5	4	3,5
Erzeugnisse der Elektrizitätsindustrie	2	3,5	?
Seidenwaren	2	3	15
Baumwollwaren	5,5	3	
Wollwaren	6	—	
Glas	0,5	2,5	2
Lederwaren	3	2	4
Waren aus Kupfer	1,5	1,5	?

Er schließt auch aus dieser Tabelle, daß jede Verpflichtung Deutschlands, außerordentliche Reparationssummen zu leisten, es mit Notwendigkeit dahin treiben muß, seine wichtigsten Exportindustrien zu fördern, das heißt aber, auf heimischen und fremden Märkten in die schärfste Konkurrenz mit seinen Gläubigern zu treten. Daraus folgt: „Die Abhilfe liegt nicht in der jetzt populären Patentmedizin, Deutschland die Form seiner Zahlungen vorzuschreiben, sondern darin, den Gesamtbetrag auf eine vernünftige Zahl herabzusetzen" (S. 157).

Auf solchen wirtschaftlichen Grundwahrheiten und auf einem wunderbar gerundeten Gesamtbild der politischen und finanziellen Lage des europäisch-amerikanischen Völkerkomplexes, auf einer Analyse, deren vollendete Feinheit keinem Bericht, sondern nur dem Buche selbst entnommen werden kann, bauen sich die entscheidenden Forderungen auf. Sie lauten:

Die Finanzministerien aller Länder müssen vor ein Problem gestellt werden, das einer vernünftigen Lösung in den nächsten fünf Jahren wirklich zugänglich ist.

Von der mit 110 Milliarden Goldmark angenommenen Reparationsschuld ist der Anspruch für militärische Pensionen — 74 Milliarden — als unbegründet zu streichen.

Die Restschuld von 36 Milliarden durch eine sechsprozentige Annuität abzuzahlen, liegt vermutlich in Deutschlands Leistungsfähigkeit. Dennoch würde es aus handelspolitischen und finanziellen Gründen unpraktisch sein, auf dieser Leistung zu bestehen. England solle vielmehr seine Forderung von 11 Milliarden bis auf 1 Milliarde niederschlagen, ebenso die Ansprüche Italiens und der kleinen Staaten ablösen. Dann bleiben als von Deutschland in 30 Jahresraten von 6 % zu zahlende Restschuld 21 Milliarden, davon 18 an Frankreich, 3 an Belgien. Ob Sach- oder Geldleistungen, ist eine Frage von geringer Bedeutung. Man überlasse dem Schuldner die bestmögliche Aufbringung der Mittel. Der Begriff der Goldmark muß durch eine an die Weltmarktpreise angelehnte Indexzahl definiert werden (S. 175).

Die alliierten Truppen werden aus dem Gebiet des Deutschen Reiches zurückgezogen. Deutschland verspricht völlige Entmilitarisierung dieses Gebietes, England und die Vereinigten Staaten garantieren Frankreich und Belgien allen Schutz, den es verständigerweise verlangen kann.

Diese Regelung liegt schon dann im Interesse der beteiligten europäischen Ententestaaten, wenn nur diese untereinander Märkte abgesetzt werden müßten, z. B. um den notwendigen Import zu bezahlen. „This is simply to bury one's head in the sand". Nach der Eigenart seines wirtschaftlichen Aufbaues könne Deutschland in der Hauptsache nur solche Güter exportieren, bei denen es mit den Hauptindustriestaaten unmittelbar in Konkurrenz stehe. Keynes gibt die folgende interessante Übersicht über die Zusammensetzung des deutschen Exports (S. 156):

Warenart	Prozentsatz des Gesamtexports 1913	Jan./Sept. 1920	Juni/Sept. 1921
Eisen- und Stahlwaren	13,2	20	22
Maschinen (einschl. Motorfahrzeuge)	7,5	12	17
Chemikalien und Farbstoffe	4	13	9,5
Brennstoffe	7	6,5	?
Papierwaren	2,5	4	3,5
Erzeugnisse der Elektrizitätsindustrie	2	3,5	?
Seidenwaren	2	3	15
Baumwollwaren	5,5	3	
Wollwaren	6	—	
Glas	0,5	2,5	2
Lederwaren	3	2	4
Waren aus Kupfer	1,5	1,5	?

Er schließt auch aus dieser Tabelle, daß jede Verpflichtung Deutschlands, außerordentliche Reparationssummen zu leisten, es mit Notwendigkeit dahin treiben muß, seine wichtigsten Exportindustrien zu fördern, das heißt aber, auf heimischen und fremden Märkten in die schärfste Konkurrenz mit seinen Gläubigern zu treten. Daraus folgt: „Die Abhilfe liegt nicht in der jetzt populären Patentmedizin, Deutschland die Form seiner Zahlungen vorzuschreiben, sondern darin, den Gesamtbetrag auf eine vernünftige Zahl herabzusetzen" (S. 157).

Auf solchen wirtschaftlichen Grundwahrheiten und auf einem wunderbar gerundeten Gesamtbild der politischen und finanziellen Lage des europäisch-amerikanischen Völkerkomplexes, auf einer Analyse, deren vollendete Feinheit keinem Bericht, sondern nur dem Buche selbst entnommen werden kann, bauen sich die entscheidenden Forderungen auf. Sie lauten:

Die Finanzministerien aller Länder müssen vor ein Problem gestellt werden, das einer vernünftigen Lösung in den nächsten fünf Jahren wirklich zugänglich ist.

Von der mit 110 Milliarden Goldmark angenommenen Reparationsschuld ist der Anspruch für militärische Pensionen — 74 Milliarden — als unbegründet zu streichen.

Die Restschuld von 36 Milliarden durch eine sechsprozentige Annuität abzuzahlen, liegt vermutlich in Deutschlands Leistungsfähigkeit. Dennoch würde es aus handelspolitischen und finanziellen Gründen unpraktisch sein, auf dieser Leistung zu bestehen. England solle vielmehr seine Forderung von 11 Milliarden bis auf 1 Milliarde niederschlagen, ebenso die Ansprüche Italiens und der kleinen Staaten ablösen. Dann bleiben als von Deutschland in 30 Jahresraten von 6 % zu zahlende Restschuld 21 Milliarden, davon 18 an Frankreich, 3 an Belgien. Ob Sach- oder Geldleistungen, ist eine Frage von geringer Bedeutung. Man überlasse dem Schuldner die bestmögliche Aufbringung der Mittel. Der Begriff der Goldmark muß durch eine an die Weltmarktpreise angelehnte Indexzahl definiert werden (S. 175).

Die alliierten Truppen werden aus dem Gebiet des Deutschen Reiches zurückgezogen. Deutschland verspricht völlige Entmilitarisierung dieses Gebietes, England und die Vereinigten Staaten garantieren Frankreich und Belgien allen Schutz, den es verständigerweise verlangen kann.

Diese Regelung liegt schon dann im Interesse der beteiligten europäischen Ententestaaten, wenn nur diese untereinander

ander, wie Keynes gleichzeitig vorschlägt, die Kriegsschulden streichen. Würde auch Amerika die Schulden als getilgt ansehen, was Keynes für die nächste Zeit nicht für wahrscheinlich hält, für später aber aus den gleichen Gründen voraussagt, aus denen die Alliierten Deutschlands Schuld mindern mußten, so wäre die Weltsanierung mit einem Schlage vollzogen.

Die eine Goldmilliarde, die England sich von Deutschland zahlen läßt, sollte im Verhältnis von 3 zu 7 zwischen Österreich und Polen geteilt werden, mit der ausschließlichen Bestimmung, sie für die Ordnung ihrer Finanz- und Währungsangelegenheiten zu verwenden.

„In its essentials this scheme is very simple. I think that it satisfies my criterion of leaving every Finance Minister in Europe with a possible problem. The rest must come gradually, and I will not burden the argument of this book by considering along what lines the detailed solutions should be sought" (S. 179/80). Die Darstellung sucht mit sachlichen und psychologischen Argumenten auch Amerika für Teilnahme an dieser Lösung zu gewinnen und wendet sich dann mit aufrüttelnden Worten an Frankreich. Dieses möge endlich das Seine zur Wiederherstellung wirklichen Friedens in Zentraleuropa tun. Von Deutschland habe es nichts anderes zu befürchten, als was es selbst hervorrufe. Deutschland sei einstweilen noch zu geschwächt, werde aber später seine wiedererwachenden Kräfte nicht westwärts, sondern gen Osten wenden. „This Settlement must be offered France on one condition only, — that she accepts it. But if, like Shylock, she claims her pound of flesh, then let the Law prevail. Let her have her bond, and let us have our bonds too. Let her get what she can from Germany and pay what she owes to the United States and England" (S. 187).

Dieser Ruf trifft Frankreich im Höhepunkt einer neuen Reparationskrisis. Ihre vorläufige Vertagung durch das Moratorium von Cannes scheint uns so überwiegend zeitlicher Natur, daß eine Prüfung, ob diese Ansprüche eine ertragbare Dauerleistung bedeuten können, zwecklos wäre. Um so notwendiger ist dagegen, daß die deutsche Regierung gemäß der an sie ergangenen Aufforderung einen neuen Plan vorlegt, wie sie die Ordnung des Staatshaushaltes mit den wirklich berechtigten Ansprüchen der Reparation in Einklang zu bringen für möglich hält. Bei diesen Verhandlungen wird Deutschland nicht nur einem wieder steiler erregten Frankreich gegenüberstehen, sondern es hat, ebenso wie dieses Land, mit der Fülle reiner und konstruktiver Gedanken zu rechnen, die abermals durch ein Buch von Keynes in den Kreis der durch den Vertrag von Versailles verhängnisvoll verketteten Staaten geworfen sind. Europas Keimmonat — im Sinne des Guten oder des Bösen — naht.

Eduard Rosenbaum

Zur Lage

Das Ergebnis der Zusammenkunft von Cannes hat weder den Schwarzmalern noch den Rosafärbern recht gegeben. Die einen sagten voraus, es werde alles beim alten, das heißt bei Gewalt und Diktat bleiben, die anderen verhießen den Anbruch einer neuen Ära der europäischen Versöhnung. Keines von beiden ist eingetroffen. Es ist dem Deutschen Reich ein vorläufiger Zahlungsaufschub bewilligt worden, so daß es in den nächsten vier Wochen statt 500 nur 93 Mill. Goldmark zu zahlen hat. Deutschland ist in die Lage versetzt worden, vor dem Obersten Rat das Problem der Tributzahlungen eingehend zu erörtern, und es hat eine Einladung zu der Internationalen Konferenz in Genua erhalten, die die Grundlagen für den Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas vorbereiten soll. Gleichzeitig aber ist das Kabinett Briand durch ein Kabinett Poincaré ersetzt worden. Der Versuch des geschicktesten Taktikers der französischen Politik, zwischen dem Wirklichkeitssinn Lloyd Georges und den Illusionen der französischen Nationalisten im Wege des Kompromisses zu vermitteln, ist aufgegeben zugunsten einer Rückkehr zu den Methoden nackter Prestigepolitik. Es scheint, als ob hier die Geschichte in der Tat nach dem Dreitakt der Hegelschen Dialektik verfahren wollte: die Thesis Lloyd George treibt die Antithesis Poincaré hervor, dem spürkräftigsten und beweglichsten Sachwalter anglosächsischer Weltwirtschaft stellt sich der härteste und starrste Anwalt französischer Staatsraison entgegen, ein uralter Streit ist aufs neue angesagt, und noch ist nicht abzusehen, welche Art von Synthesis das Unvereinbare vereinbar machen soll.

Inzwischen ist Deutschland auferlegt worden, in der Frist von vierzehn Tagen einen „angemessenen Reform- und Garantieplan betreffend das deutsche Budget und den deutschen Papiergeldumlauf, sowie ein vollständiges Programm für die Barzahlungen und Sachlieferungen für das Jahr 1922" vorzulegen. Bis das Reich dieser Verpflichtung genügt hat und bis die Reparationskommission oder die alliierten Regierungen eine Entscheidung über Entwurf und Programm getroffen haben, muß Deutschland alle zehn Tage den Betrag von 31 Mill. „Goldmark" in zugelassenen Devisen, neben den Sachleistungen und den englischen Einnahmen aus dem Recovery Act, an die Alliierten abführen. Setzt man die Goldmark gleich 45 Papiermark, so entspricht dies einer monatlichen Leistung von rund 4,2 Milliarden Papiermark.

Wie ist diese Zahl zustande gekommen? Liegt ihr eine Schätzung der deutschen Leistungsfähigkeit, wie es selbst im Versailler Vertrage vorgesehen war, zugrunde? Durchaus nicht. Die Zahl ist schematisch nach dem Wortlaut des Londoner Zahlungsultimatums berechnet. Hiernach waren sicherzustellen: der Gegenwert der deutschen Zölle und Ausfuhrabgaben und 25 % der deutschen Ausfuhrwerte. Nun betrug die deutsche Ausfuhr in den drei Monaten August, September, Oktober, die der Berechnung zugrunde zu legen waren, insgesamt 946 Mill. Goldmark, monatlich also 315,3 Mill. Goldmark, 25 % davon 78,8 Mill. Hiervon gehen ab 3,8 Mill., die in England auf Grund des Recovery Acts direkt beim englischen Importeur erhoben werden. Zu den verbleibenden 75 Mill. kommen noch 18 Mill. Goldmark als Gegenwert der Ausfuhrabgaben und Zölle, zusammen 93 Mill. im Monat.

Dieser Betrag war schon bisher nach dem Londoner Ultimatum für die Reparationszahlungen sicherzustellen. Er soll jetzt abgeführt werden. Daß die alliierten Regierungen nicht weise waren, als sie auf der Ausschüttung der mühsam angesammelten Reserven bestanden, werden sie vermutlich bald selber einsehen. Hätten sie die Hälfte gefordert und der Reichsregierung erlaubt, die andere Hälfte zur Hebung des Markkurses zu verwenden, so wären die künftigen Zahlungen leichter und ergibiger gewesen. Einsicht in die Mechanik der Wechselkurse aber pflegt bei Ministerpräsidenten ebenso selten zu sein wie Einsicht in die Dynamik der Politik bei den Reparationssachverständigen.

Ursprünglich waren nach dem Zahlungsplan am 15. Januar 500 Mill. Goldmark zu entrichten, am 15. Februar 245 Mill. Hiervon gehen ab 210 Mill. Goldmark, die an Bar-

und Sachleistungen vor dem 15. Januar abgeführt sind, und etwa 40—45 Mill. Sachleistungen, auf deren Anrechnung in den nächsten vier Wochen zu rechnen ist, insgesamt rund 250 Mill., zu denen jetzt 93 Mill. Devisenlieferungen treten sollen. Der Restbetrag von 404 Mill. ist als gestundet anzusehen. Die nächste fällige Zahlung wäre nach dem Londoner Zahlungsplan am 15. April in Höhe von 500 Mill. zu leisten. Läuft bis dahin der vorläufige Zahlungsaufschub fort, so würde sich durch die zehntägigen Raten die gestundete Summe auf 218 Mill. Goldmark vermindert haben, weniger als ein Drittel der Januar- und Februarrate. Vorausgesetzt ist dabei, daß Deutschland in der Lage ist, neben seinen Sachleistungen noch monatliche Devisenkäufe in Höhe von 93 Mill. Goldmark zu bewerkstelligen, ohne die Devisenmärkte von neuem zu zerrütten und sein Budget unheilbar zu machen. Wir halten dies für unmöglich.

Auch wer sich keinen leichten Täuschungen über die Geistesverfassung der Alliierten hingibt, wird annehmen dürfen, daß sie dies selber begriffen haben. Eine monatliche Zahlung von 93 Mill. entspricht einer jährlichen Barleistung von 1,1 Milliarden Goldmark, während in den Besprechungen zwischen Briand und Lloyd George 500 Mill., nach den Verhandlungen mit Belgien in Cannes angeblich 720 Mill. vorgesehen waren. Auch diese Summen können nicht getragen werden.

Der Führer der deutschen Delegation in Cannes, Dr. Rathenau, hat in einer im ganzen klaren, nüchternen und zurückhaltenden Rede dem Obersten Rat dargelegt, daß neben den geplanten 500 Mill. Barleistungen noch 360—400 Mill. Goldmark aus dem Clearingverfahren zu zahlen sind, und daß um der Leistungen für die Alliierten willen die deutsche Einfuhr um Rohstoffmengen im Betrag von rund 250 Mill. Goldmark verstärkt werden müsse. Die Gesamtleistung würde sich also auch in der vorgesehenen Reduktion mindestens auf 1,1 Milliarde Goldmark zu stellen haben. Ein solcher Betrag aber kann aus Überschüssen unserer Zahlungsbilanz nicht gedeckt werden. Denn es sind solche Überschüsse nicht nur nicht in der geforderten Höhe, sondern überhaupt weder vorhanden noch im nächsten Jahr zu erwarten. Nach Rathenaus Aufstellungen müssen wir mit einem Einfuhrbedarf von 2,5 Milliarden Goldmark für Lebensmittel und 2,5 Milliarden für Rohstoffe rechnen. Die deutsche Ausfuhr hat einen Wert von 3,5—4 Milliarden Goldmark. Die Handelsbilanz weist also einen Passivsaldo von mindestens einer Milliarde noch vor Berücksichtigung der Einfuhr an Fertigfabrikaten und Luxuswaren auf. Es kommen hinzu rund ¾ Milliarde Goldmark Schuldzinsen und ähnliche Leistungen, die an das Ausland im Wege des privaten Geschäftsverkehrs zu entrichten sind. So kommt Rathenau zu einer Gesamtpassivität von rund 2 Milliarden, wobei die Einfuhr von Fertigfabrikaten und Luxswaren nur mit ¼ Milliarde gleich etwa 12 Milliarden Papiermark eingestellt ist. Bedenkt man, daß trotz dieser elenden Lage die deutsche Währung auf einem leidlich festen Stand gehalten werden konnte, bis im Frühjahr 1921 die Devisenleistungen an die Alliierten einsetzten, so spricht diese Tatsache mehr für den Festigkeitsgrad und die Kraftquellen der deutschen Wirtschaft, als irgendeine andere Zahl. Sie mag auch die Sachverständigen der Alliierten verführt haben, eine weitere Belastung um mindestens eine Milliarde für tragbar zu halten.

Es ist leicht zu sehen, worauf dieser Irrtum beruht. Der Passivsaldo der Wirtschaftsbilanz kann durch Kredite des Auslands oder durch Verkauf von Mark gedeckt werden, solange das Ausland erwarten darf, daß die deutschen Unternehmer in der Lage sein werden, ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen, und daß die Mark nicht zu hoffnungslosem Sturz verurteilt ist. Die Bedingung für die Finanzierung des Passivsaldos unserer Wirtschaftsbilanz ist also die Angleichung der Reparationszahlungen an unsere valutarische Leistungsfähigkeit. Je mehr die Reparationsverpflichtungen überspannt werden, desto weniger werden die Alliierten erhalten.

Es ist zu hoffen, daß die Reichsregierung die Aufstellung des Finanzplans, den die Reparationskommission gefordert hat, dazu benutzen wird, diesen Sachverhalt deutlich zu machen. Sie wird am zweckmäßigsten mehrere Pläne, je nach dem Stande des Dollarkurses, einreichen, aus denen hervorgeht, wie ein verschiedener Stand des Dollarkurses auf die Einnahmen und Ausgaben des Reiches und auf die Tributfähigkeit des Landes einwirken muß. Im übrigen hoffen wir, daß die deutsche Denkschrift von zwei Grundgedanken ausgehen wird, die wir leider in ministeriellen Äußerungen der letzten Zeit nicht mit der wünschenswerten Klarheit ausgesprochen finden: Erstens, daß von Sachleistungen abgesehen, eine Tributfähigkeit Deutschlands erst dann gegeben ist, wenn die Zahlungsbilanz aktiv geworden ist, und daß jede Aufnahme von Auslandskrediten für Reparationszahlungen unsinnig ist, solange wir noch mit einem Passivsaldo der Zahlungsbilanz zu kämpfen haben. Zweitens aber, daß es nicht gilt, die deutsche Wirtschaft vor der „Verkrüppelung" zu bewahren, sondern daß diese Verkrüppelung bereits eingetreten ist. Oder soll die Mark erst auf weniger als 2 % und die Menge des Außenhandels auf weniger als ein Viertel sinken, bevor dieser Tatbestand zugegeben wird?

Hamburg, den 17. Januar 1922.

Kurt Singer

Die Bodenpolitik im Hafengebiete Hamburgs

In den bisherigen Forschungen und Veröffentlichungen über die Geschichte des Hamburger Hafens ist die bedeutende Rolle, welche die bewußte Bodenpolitik Hamburgs im Hafengebiet für diese Entwicklung des Hafens gespielt hat, wenig berücksichtigt worden. Es handelt sich hier um ein Gebiet, das einerseits durch seine charakteristischen natürlichen Eigenschaften, andererseits durch die stets wachsenden, aber häufig wechselnden Bedürfnisse des Handels- und Schiffahrtsverkehrs Hamburgs und endlich später durch die besonderen Ausnahmebestimmungen für den großen, zum Freihafen erklärten Teil schon von frühen Zeiten an immer eine in vielfacher Beziehung Sonderstellung einnahm. Es traten daher nicht nur häufige Konflikte zwischen den Interessen des Staates und der privaten Bodenspekulation zutage, sondern vor allen Dingen standen sich auch innerhalb der staatlichen Verwaltung bei allen Erwägungen und Beratungen zwei Grundanschauungen gegensätzlich gegenüber und rangen miteinander um den Erfolg: die rein fiskalische Anschauung, die die Erzielung eines möglichst hohen Ertrages für die Staatskasse, und auf der anderen Seite die volkswirtschaftliche Anschauung, die eine den Bedürfnissen der Allgemeinheit entsprechende Verwendung des städtischen Bodens als einzig maßgebenden Gesichtspunkt für bodenpolitische Entschlüsse gelten lassen wollte.

Natürlich ist es an dieser Stelle unmöglich, durch eine Skizzierung der Grundgedanken der endgültigen ent-

scheidenden bodenpolitischen Maßnahmen den Geist und die Eigenart der hamburgischen Bodenpolitik im Hafengebiet erkennen zu lassen.

Die Politik betraf in erster Linie die Frage der Bodenverwertung und die Frage der Bodenbesitzform. Hinsichtlich der Bodenverwendungsfrage spielte der Grasbrook, der im Anfang des 19. Jahrhunderts nach dem Wunsche einiger für eine Erweiterung der Stadt, nach dem Wunsche anderer für neue Hafenanlagen ausgenutzt werden sollte, die größte Rolle. Die Schwierigkeiten einer Entscheidung lagen darin, daß beides wichtige Bedürfnisse waren, daß die Hafenerweiterung zwar zunächst nicht das ganze Terrain erforderte, aber ein Platz von der gleichen Eignung für den Hafenbau wie der Grasbrook nicht mehr vorhanden war, daß andererseits eine Stadterweiterung großen Nutzen für den Fiskus abwerfen konnte, eine Hafenerweiterung aber im besten Falle als werbendes Kapital zu betrachten war.

Der Kampf der Meinungen zog sich durch die ganze erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, wurde aber schließlich entschieden durch das Durchdringen volkswirtschaftlicher Denkweise und das Überwiegen der Handelsinteressen über den fiskalischen Geist, besonders mit Hilfe der lebhaften Agitation der damaligen Commerzdeputation, die durch eine weitsichtige und in vielfacher Hinsicht bedeutende Denkschrift im Jahre 1858 schließlich die vollständige Reservierung des Bodens für sofortige und zukünftige Hafenbauten erreichte. Der Stadterweiterung verblieb der Hammerbrook und später auch Teile des südlichen Elbufers.

Dort war die Lösung der Bodenverwendungsfrage viel einfacher, da gleichwertige Gebiete in bedeutend größerer Ausdehnung zur Verfügung standen, aber auch dort lassen die Grundsätze, nach denen die Einteilungs- und Bebauungspläne, durch die allmählich eine Dreiteilung des gesamten Hafengebiets in Industrie-, Wohn- und Hafenanlagengebiete herbeigeführt wurde, von vornherein ein Vorwiegen volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte erkennen.

Neue Verhältnisse für das gesamte Gebiet wurden dann noch einmal durch den Anschluß Hamburgs an das deutsche Zollgebiet geschaffen. Allerdings war die dadurch von neuem aufgerollte Bodenverwendungsfrage jetzt in der Hauptsache nur noch eine Frage der Umgruppierung, der genaueren Standortsorientierung und der weiteren Ausdehnung der für Hamburgs Handel, Schiffahrt und Industrie notwendigen Anlagen, wobei es sich einerseits um die Verteilung der Speicher, Häfen, Industrieanlagen und Wohnungen über das ganze Hafengebiet überhaupt, andererseits um die Bemessung der Größe der für die einzelnen Zwecke zur Verfügung zu stellenden Bodenflächen handelte. Trotz größter Schwierigkeiten wurden aber auch alle diese Fragen allein nach Gesichtspunkten kommerzieller zoll- und betriebstechnischer Zweckmäßigkeiten entschieden.

Hat man in der Bodenverwendungsregelung die für die Entwicklung des Hafens und der mit ihm zusammenhängenden Anlagen grundlegende Maßnahmen der Bodenpolitik zu erblicken, so ist die Bodenbesitzregelung als die ausführende zu bezeichnen. Hierunter fällt auch die Regelung der Verteilung der Bodengewinne (Grundrente).

Die hier maßgebenden Gesichtspunkte waren sowohl für die drei Hauptverwendungsarten des Bodens im Hafengebiet, dem Hafenanlagengebiet, Industriegebiet und Wohngebiet wie andererseits für die Zeit vor und nach dem Zollanschluß verschieden.

Zunächst vor dem Zollanschluß: Bei den zum eigentlichen Hafenbetriebe gehörenden Anlagen kam vor allen Dingen in Betracht, daß der gesamte für Hamburg so wichtige Handels- und Schiffahrtsverkehr auf die Benutzung dieser Anlagen, die sowohl nur beschränkt ausdehnungsfähig als auch durch natürliche Faktoren an einen ganz bestimmten Ort gebunden sind, angewiesen war, so daß bei der ausschlaggebenden Bedeutung von Handel und Schiffahrt für Hamburg ein öffentliches Interesse an einer den allgemeinen Bedürfnissen entsprechenden Ausführung der Anlagen und Baulichkeiten, an ihrer allgemeinen Zugänglichkeit und vor allen Dingen an einer solchen Höhe der Benutzungsgebühren bestand, bei der die Konkurrenzfähigkeit Hamburgs als Handels- und Hafenstadt gewährleistet blieb.

Für das Industriegebiet galten diese Gesichtspunkte gar nicht oder in bedeutend erheblicher Abschwächung. Dies Gebiet, dessen Kanalanlagen viel ausdehnungsfähiger und nicht im entferntesten so stark an gewisse natürliche Voraussetzungen gebunden waren, wie bei den Hafenanlagen, dient mehr der Befriedigung einzelner Bedürfnisse und auch nur solcher eines viel kleineren Kreises, so daß weder ein öffentliches Interesse an der Art der Bauausführungen der einzelnen Anlagen noch an einer allgemeinen Zugänglichkeit dieser bestand, und die Gebührenfrage überhaupt ganz fortfiel. Der Gang der Entwicklung führte daher vom anfänglichen Verpachtungssystem, das in der ursprünglichen Unentschiedenheit der Bodenverwendung begründet lag, nach Beseitigung dieser größtenteils zum Verkauf.

Im Wohngebiet wurde vor allen Dingen sozialen Gesichtspunkten Rechnung getragen, indem für die sogenannte „Slomansche Siedelung“ auf der Veddel Bauterrain zu sehr billigen Preisen an die „gemeinnützige Baugesellschaft“ überlassen wurde. Allerdings beging man dabei, wie sich später erwies, einen Fehler damit, daß man den allmählichen Eigentumserwerb an den Grundstücken ermöglichte.

Nach dem Zollanschluß kamen dann außer den bereits dargelegten, noch einige neue Gesichtspunkte hinzu, die mehr oder weniger für alle Arten der Bodenverwendung durch die besonderen Verhältnisse des Freihafengebiets geschaffen worden waren. In erster Linie war der Staat für die Erfüllung der hinsichtlich der Benutzung dieses Gebietes dem Reich gegenüber übernommenen Verpflichtungen besorgt. Ferner wurde dem Umstand Rechnung getragen, daß für die Nutznießer der Freihafengrundstücke leicht monopolartige Vorzüge entstehen konnten. Das galt besonders für das zur Bebauung mit Speichern ausersehene Gebiet auf der Kehrwieder-Wandrahm-Insel, zumal die Konkurrenz von Speichern in anderen Gegenden jetzt fehlte. Infolgedessen spielten jetzt auch hier die Gesichtspunkte der allgemeinen Zugänglichkeitserhaltung und sonstige allgemeine Betriebsinteressen eine entscheidende Rolle. Außerdem wurde dem Umstand die gebührende Beachtung geschenkt, daß die genannten Vorzüge, die das Freihafengebiet für manche Geschäftszweige bot, durch Aufwendung großer öffentlicher Mittel geschaffen worden waren, und zwar galt auch das wieder besonders für die Kehrwieder-Wandrahm-Insel.

Unter Berücksichtigung all dieser Gesichtspunkte hielt man bei den Kaianlagen, soweit sie für den öffentlichen Verkehr bestimmt waren, an der staatlichen Verwaltung fest, während man es durch Ausdehnung der gesamten Hafenanlagen andererseits ermöglichen konnte, einzelne Kaistrecken für den eigenen Betrieb an einzelne Reedereien zu verpachten, und damit dem Staat eine sichere und gleichmäßige Verzinsung seines Kapitals zu verschaffen. Daß man dies Verpachtungssystem nach dem Kriege auch erfolgreich ausländischen Reedereien gegenüber angewendet hat und dadurch in der Lage ist, die Anlagen des Hamburger Hafens in der erforderlichen Weise zu bereichern, dürfte hinreichend bekannt sein.

Als Besitzform in der Speicherstadt auf der Kehrwieder-Wandrahm-Insel fand man die in ihren Grundzügen ebenfalls weithin bekannte Form des gemischten Gesellschaftsverhältnisses zwischen dem Staat und der Hamburger Freihafenlagerhaus-Gesellschaft, die, wie lange Jahre der Erfahrung gezeigt haben, für beide Teile durchaus vorteilhaft war.

Im Industriegebiet veranlaßten die aufgeführten Gesichtspunkte wieder eine radikale Umkehr zum Pacht- resp. Erbauungssystem, wenn auch die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse und eine gewisse, durch die Schwierigkeit der Hypothekenbeschaffung hervorgerufene, Abneigung gegen das letztere teilweise wieder zu Änderungen geführt hat, die aber kaum als dauernde prinzipielle zu betrachten sind.

In den Wohngebieten hatte man aus den alten Fehlern gelernt, und diese durch geeignete Maßnahmen bei der nach wie vor rein sozialen Wohnungspolitik zu beseitigen gewußt.

So bietet das Gesamtbild der hamburgischen Bodenpolitik im Hafengebiet, deren übrigens auch theoretisch interessante Seiten hier nicht berührt werden können, ein Beispiel scharfer Weitsichtigkeit und kaufmännischer Beweglichkeit in der Wahrung kommunaler Interesseneigenschaften, denen es, wenn auch anfänglich nach schweren Kämpfen, gelungen ist, kurzsichtig fiskalische Bedenken zu beseitigen und dadurch die großen volkswirtschaftlichen Kräfte im Hafengebiet, so wie es die Gesamtverhältnisse ermöglichten und erforderten, zur vollen Auswirkung zu bringen, mit dem Endergebnis, daß dieses Gebiet zu einem Wirtschaftsfaktor allererster Bedeutung nicht nur für Hamburg, sondern auch für ganz Deutschland und noch weit über dessen Grenzen hinaus entwickelt werden konnte.

Dr. Kurt Enoch

Deutschland

Politik und Tagesereignisse Staatswirtschaft – Industrie, Banken, Handel Fusionen

1. Januar. — In den Bezirken Cöln und Koblenz haben die ausständigen Eisenbahner die Arbeit wieder aufgenommen, in Elberfeld, Essen und Hagen ist die Lage unverändert. Wesentlich hat sich die Verkehrslage in Berlin gebessert.

Die Erhöhung der Posttarife auf rund das Zwanzigfache der Friedenssätze tritt in Kraft.

Bei Vorarbeiten der alliierten Delegationen für die Konferenz zu Cannes herrscht nach Pariser Meldungen dort Einverständnis der Mächte mit Lloyd Georges Plänen, soweit sie die wirtschaftliche Konsolidierung Europas, mit Einschluß Rußlands, betreffen. In der Frage der Reparationen ist besonders Belgien nicht geneigt, Erleichterungen für Deutschland auf Kosten der belgischen Priorität zuzulassen.

2. Januar. — Der Bahnverkehr ist in Berlin fast restlos wieder im Gang.

In Paris werden Einzelheiten für den Aufbau und das Arbeitsprogramm des internationalen Konsortiums beraten, das den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands unterstützen soll. Die finanzielle Beteiligung aller bedeutenden europäischen Staaten — einschließlich Deutschlands — sowie Nordamerikas Eisenbahnbetrieb nahezu vollständig wieder aufgenommen, — ist vorgesehen. — Dollar: 186.72 *M.*

4. Januar. — In Westdeutschland ist die Arbeit im Eisenbahnbetrieb nahezu vollständig wieder aufgenommen. Dollar: 193.50 *M.*

5. Januar. — Der Reichslandbund fordert in einem Aufruf die deutsche Landwirtschaft zur Anspannung der Produktion auf.

Vorbesprechungen in Cannes. — Dollar: 201.50 *M.*

6. Januar. — In Cannes beginnt die Konferenz des Obersten Rates. Nachdem Lloyd George seine Pläne für den wirtschaftlichen Wiederaufbau dargelegt hat, kommt eine längere Resolution zur Annahme. Sie erklärt die Ansicht der vertretenen Mächte, daß eine gemeinsame Anstrengung der kräftigsten Staaten zur Wiederherstellung des europäischen Wirtschaftssystems notwendig sei. Diese Anstrengungen gelten der Beseitigung aller Hindernisse, die den internationalen Handel hemmen, und der Bewilligung von Krediten an die schwächsten Länder. Voraussetzungen und Richtlinien für dieses Vorgehen werden in folgenden 6 Punkten ausgedrückt:

1. Die Nationen dürfen nicht das Recht in Anspruch nehmen, sich gegenseitig die Grundsätze aufzuerlegen, nach denen sie die Frage des Besitzes, die wirtschaftliche Regelung und die Regelung im Innern ihres Landes vornehmen wollen. Es ist Sache jedes Landes, das System auszunützen, das es in dieser Beziehung bevorzugt.

2. Auf jeden Fall darf ausländisches Kapital nicht dazu benutzt werden, einem Lande Hilfe zu leisten, außer wenn die ausländischen Eigentümer dieses Kapitals die Gelegenheit haben, daß ihre Güter und Rechtsansprüche geachtet werden und daß der Gewinn aus ihren Unternehmungen ihnen gesichert ist.

3. Dieses Gefühl der Sicherheit kann nur wiederhergestellt werden, wenn die Nationen (oder die Regierungen der Nationen), die ausländische Kredite zu erhalten wünschen, freiwillig folgende Verpflichtungen auf sich nehmen: a) alle Schulden und öffentlichen Verpflichtungen anzuerkennen, die von den Staaten, den Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften eingegangen sind, und die Verpflichtungen, die aus der Konfiszierung ausländischen Eigentums erwachsen sind, anzuerkennen; b) ein gesetzliches und juristisches System einzurichten, durch das die unparteiische Ausführung aller Handels- und sonstigen Verträge sichergestellt wird.

4. Die Nationen müssen über bequeme Austauschmittel verfügen. Allgemein gesprochen, müssen bezüglich des Finanz- und Geldwesens Bedingungen bestehen, die dem Handel genügende Sicherheiten bieten.

5. Alle Nationen müssen sich verpflichten, von jeder Propaganda Abstand zu nehmen, die die Ordnung oder das politische System eines andern Landes benachteiligt.

6. Alle Länder müssen gemeinsam die Verpflichtung auf sich nehmen, von jedem Angriff auf ihren Nachbarn abzusehen.

Wenn zu dem Zwecke, die für die Entwicklung des Handels und der Industrie in Rußland notwendigen Bedingungen zu sichern, die russische Regierung ihre offizielle Anerkennung fordert, so können die alliierten Mächte diese Anerkennung aussprechen, wenn die russische Regierung die vorgenannten Verpflichtungen übernimmt, — Dollar: 188.50 *M.*

7. Januar. — In Cannes wird beschlossen, eine Wirtschaftskonferenz nach Genua auf Anfang März einzuberufen. Auf dieser sollen nur wirtschaftliche und Finanzfragen zur Verhandlung stehen. Die Teilnahme Deutschlands, Rußlands und der Vereinigten Staaten — wenn möglich, durch Entsendung der Premierminister — wird für wünschenswert und notwendig gehalten.

Beratungen über Umfang und Ausdehnung eines Moratoriums für die deutschen Reparationszahlungen bringen kein endgültiges Ergebnis. Jedoch wird prinzipielles Einverständ-

nis der Finanzminister der Alliierten festgestellt, ein Moratorium zu gewähren.

Der Oberste Rat bittet Deutschland, für die Konferenz zu Cannes eine Delegation zu ernennen, die sich zunächst nach Paris begeben soll. — Dollar: 185.75 ℳ.

8. Januar. — Rathenau wird zum Führer der deutschen Delegation bestimmt.

In Leipzig beginnt der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

9. Januar. — Die deutsche Delegation verläßt Berlin. Sie wird aufgefordert, zum 11. Januar aus Paris nach Cannes zu kommen. Rußland erklärt seine Bereitwilligkeit zur Teilnahme an der Wirtschaftskonferenz zu Genua, erhebt aber Einwendungen gegen die Wahl des Ortes.

Die Sachverständigen der Alliierten empfehlen eine Ermäßigung der deutschen Barzahlungen auf 700 Mill. Goldmark (gegen 500 Mill., wie in den Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand vorgesehen), die von gewissen Garantien für die Stabilisierung der deutschen Finanzen abhängig gemacht werden soll. Als Bedingungen, unter denen Deutschland einen Zahlungsaufschub erhalten wird, werden genannt: Balanzierung des Budgets insbesondere durch Erhöhung der Bahn- und Posttarife, der Kohlensteuer, Festsetzung der Zölle auf Goldbasis — ferner Schaffung von Maßnahmen gegen Abwandern des Kapitals ins Ausland, Einstellung jeder weiteren Banknotenausgabe und Revision des Verhältnisses zwischen Reichsbank und Reich.

Beratungen über einen französisch-englischen Sicherheitsvertrag nehmen anscheinend günstigen Verlauf. Dieses Garantieabkommen soll durch Hinzutritt anderer Staaten erweitert werden können. Ein Plan Loucheurs sieht die Errichtung einer Wiederaufbaugesellschaft für Rußland in London mit 2 Mill. £ vor. An diese Gesellschaft sollen sich Tochtergesellschaften in den interessierten Ländern anschließen. — Dollar: 168.50 ℳ.

10. Januar. — In Berlin beginnen Wirtschaftsverhandlungen mit Lettland.

Eine Note der Botschafterkonferenz an Deutschland billigt die Maßnahmen der Überwachungskommission hinsichtlich der deutschen Werke, stellt aber ausreichende Fristen für die Umstellung der Fabrikation in Aussicht.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert in einer Entschließung die Regierung auf, die Steuer- und Reparationsfragen mit größerem Nachdruck zu behandeln.

Nach Pressemeldungen hat die Kommission der Finanzminister zu Cannes beschlossen, Deutschlands Barzahlungen auf 720 Mill. Goldmark, die Sachleistungen auf 1450 Mill. Goldmark festzusetzen. Es werden jedoch auch andere Ziffern (für die Sachleistungen) genannt. Der Verteilungsplan steht noch nicht fest. — Es herrscht in Cannes Beunruhigung wegen Differenzen zwischen den Westmächten. — Dollar: 175.25 ℳ.

11. Januar. — Die deutsche Delegation trifft in Cannes ein.

Der Oberste Rat gibt offiziell das Programm für die Konferenz zu Genua bekannt. Es wird zuerst über die Wege zur Erreichung eines festen und dauerhaften Friedenszustandes in Europa verhandelt werden, danach über finanzwirtschaftliche (Stabilisierung der intervalutarischen Kurse) und wirtschaftspolitische Fragen (Garantien für den internationalen Handel, Handelsverträge, Probleme des Transportwesens).

Briand verläßt Cannes „für zwei Tage", um in Paris mit dem Ministerrat und den Politikern der Kammern zu verhandeln, da die Opposition im Wachsen begriffen ist.

Die französische Delegation hat durchgesetzt, daß — entgegen den provisorischen Londoner Abmachungen zwischen Lloyd George und Briand — die Berechnung der Reparationskohle zum deutschen Inlandspreis beibehalten bleibt. — Dollar: 176.75 ℳ.

12. Januar. — Der Reichstag wird für den 19. Januar einberufen.

Rathenau gibt vor der Reparationskommission eine Erklärung über Deutschlands Zahlungsfähigkeit ab. Deutschland würde an Barleistungen, jedoch nicht ohne Gefahr für seine Wirtschaft, am 15. 1. 75 Mill. und am 15. 2. 23 Mill. zahlen können. Er stellt für das kommende Jahr die Verdoppelung der Steuerlasten und den Abbau der Brotverbilligungsaktion der deutschen Regierung in Aussicht.

Das Ministerium Briand demissioniert. Poincaré wird mit der Kabinettsbildung betraut. Die französischen Vertreter verlassen Cannes.

Nach Annahme eines Manifestes, in dem die Erwartung auf eine Wiedervereinigung der sozialdemokratischen Parteien ausgesprochen wird, findet der Parteitag der U. S. P. D. zu Leipzig sein Ende. — Dollar: 181.— ℳ.

13. Januar. — Durch gemeinsamen Beschluß des Obersten Rates und des Reparationsausschusses wird Deutschland ein vorläufiger Zahlungsaufschub für die Januar- und Februarraten unter der Bedingung gewährt, daß die deutsche Regierung während der Dauer des Provisoriums alle zehn Tage je 31 Mill. Goldmark, erstmalig am 18. 1., in Devisen zahlt. Ferner ist Bedingung, daß die deutsche Regierung der Reparationskommission innerhalb von 14 Tagen einen Plan zur Reform des deutschen Budgets, sowie zur Einschränkung des Papiergeldumlaufs vorlegt und ein Programm über Barzahlungen und Sachleistungen für 1922 gibt. Nach Abgabe dieser Vorschläge wird das Provisorium durch Entscheidung der Reparationskommission oder der alliierten Regierungen beendet. — Wegen der Abwesenheit des französischen Ministerpräsidenten wird die Konferenz vertagt.

Rathenau betont in seinem Schlußwort vor dem Obersten Rat die Lage Deutschlands als eines Landes der Lohnarbeit, das bei seinem Einfuhrbedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln von je 2½ Milliarden ℳ schon vor irgendwelchen Reparationsleistungen eine stark passive Zahlungsbilanz aufweist und gleichsam von der Aufzehrung der Substanz lebt. Er bespricht das für 1922 — abgesehen von Reparationszahlungen — ausbalanzierte Budget und erklärt, daß weder Herabsetzung des Verbrauches und der Staatsausgaben, noch Erhöhung der Steuern, noch Aufnahme von Anleihen Deutschlands Lage wesentlich ändern können. Auch der Weg der Produktionssteigerung biete, zumal im Hinblick auf die Weltwirtschaft, erhebliche Schwierigkeiten.

Weiter erklärt Rathenau die Bereitwilligkeit Deutschlands, an der wirtschaftlichen Wiederherstellung Osteuropas mitzuarbeiten, wie endlich, die Autonomie der Reichsbank durchzuführen.

Der Entwurf zum englisch-französischen Garantievertrag, der heute veröffentlicht wird, ist nur auf einen deutschen Angriff (direkt und nicht herausgefordert) abgestellt; er sieht eine zehnjährige Dauer vor. — Dollar: 189.75 ℳ.

14. Januar. — Laut Meldungen aus London plant Lloyd George eine Vorkonferenz für Genua in London innerhalb der nächsten zehn Tage, wo das Programm für Genua genehmigt werden soll. — Dollar: 180.75 ℳ.

15. Januar. — In Berlin beginnt der Reichsparteitag der Zentrumspartei.

In der endgültigen französischen Ministerliste erscheint Poincaré als Ministerpräsident und Außenminister, Lasteyrie als Finanzminister. * * *

Der Voranschlag des Reichsfinanzministeriums für das Jahr 1922 enthält nach vorläufigen Mitteilungen folgende Ziffern:

1. Allgemeine Reichsverwaltung: Die ordentlichen Einnahmen betragen 100,959 Milliarden (darunter Besitz- und Verkehrssteuern 68,171 Milliarden, Verbrauchssteuern und Zölle 25,457 Milliarden); die ordentlichen Ausgaben 82,959 Milliarden. Es verbleibt also ein Überschuß aus dem Ordinarium von 18,000 Milliarden. Diese werden für die Ausführung des Friedensvertrages verwandt.

Das Extraordinarium bringt 4,279 Milliarden Ausgaben, 1,152 Milliarden Einnahmen, also einen Fehlbetrag von 3,127 Milliarden, der durch Anleihe zu decken ist.

2. Betriebsverwaltungen: Der Gesamtfehlbetrag ist hier 11,015 Milliarden, von denen 8,826 für werbende Anlagen Verwendung finden sollen. Der Rest — 2,189 Milliarden — sind Zuschüsse an die Reichspost- und Telegraphenverwaltung, während für die Reichseisenbahn Zuschüsse nicht mehr vorgesehen sind.

3. Ausführung des Friedensvertrages: Der Gesamtanschlag sieht 228,196 Milliarden vor (dabei ist die Goldmark gleich 60 ℳ heutiger Währung gerechnet), von welchen aus 1. bereits 18 Milliarden gedeckt sind, so daß auf Anleihen hier 210,196 Milliarden zu nehmen sind.

Insgesamt bleibt somit ein ungedeckter Fehlbetrag von 224,338 Milliarden.

Zum 1. 2. beabsichtigt die Reichseisenbahn eine Erhöhung der Personentarife um 75 %, der Gütertarife um 30 %, welche Erhöhungen einen Mehrertrag von 1,2 und 11 Milliarden bringen sollen. Damit soll eine Balanzierung des Etats erreicht werden. Seit der Aufstellung des Etats für 1921 hat sich eine Erhöhung der Ausgaben von 42,9 um 23 Milliarden notwendig gemacht. Die Achskilometerleistungen betrugen 1919 — 20,4 Milliarden, 1920 — 22,6 Milliarden, 1921 aber 24,6 Milliarden, d. h. 79 % der Zahl von 1913.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr waren:

	1920	1921	Steig. in %
August.....	847 Mill.	1652 Mill.	95,1
September...	903 „	1884 „	108,8
Oktober	958 „	2097 „	118,8

Diese Steigerungen erreichen das Etatsoll noch nicht ganz.

Die 30%ige Personentariferhöhung des Juni hatte das günstige Ergebnis, daß die Einnahmen (im Vergleich zu den Monaten im Jahre 1920) im Juni um 43, Juli 48, September 48 % stiegen.

Die Ausgaben der Reichseisenbahnverwaltung verteilen sich nach dem Etat 1922 auf sachliche Ausgaben 53 %, persönliche Ausgaben 47 %. Im Etat des Jahres 1921 war das Verhältnis 52,7 und 47,3, 1913 39,1 und 60,9. Die Zahlen zeigen das verhältnismäßig viel stärkere Anwachsen der Materialienpreise gegenüber den Löhnen.

Das Reichskabinett hat am 12. 1. nach amtlicher Mitteilung den Beschluß gefaßt, ab 16. 2. die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle in einem Maße zu erhöhen, das die Verteuerung des Brotes um etwa 75 % bedeuten würde. Diese Erhöhung ist die Folge der nach unserm Valutastand erhöhten Weltmarktpreise und des Abbaus der Reichszuschüsse, welche jedoch trotz dieser Erhöhung für das laufende Erntewirtschaftsjahr auf noch etwa 8½ Milliarden zu veranschlagen sind. (Davon bereits aus dem Reichsetat 1921/22 bewilligt: 3,27 Milliarden.)

In den Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Beamtenvertretungen über Neuregelung der Gehaltsfragen wurde am 12. 1. in Berlin eine Einigung auf der Basis erzielt, daß die Grundgehaltssätze bestehen bleiben und nur die Teuerungszuschläge erhöht werden. Die bewilligten Lohn- und Gehaltssätze bedeuten Mehrausgaben in Höhe von 8—10 Milliarden ℳ. Dieses Kompromiß bildet die Weiterführung der Vereinbarungen vom 31. 12. 21, durch welche hauptsächlich die Ausstandsbewegung auf den Reichseisenbahnen beigelegt wurde.

* * *

Der Reichsbankausweis vom 7. 1. zeigt eine Verringerung des Banknotenumlaufs um 499,6 Mill. auf 113 139.9 Mill. ℳ, des Umlaufs an Darlehnskassenscheinen um 91,7 Mill. auf 8233 Mill. ℳ, des Bestandes an diskontierten Reichsschatzanweisungen um 14 382,576 Mill. auf 117 948,330 Mill. ℳ.

Am 12. 1. wurde vom Reichsrat ein Gesetzentwurf über den Kassenbestand der Reichsbank angenommen. Das Gesetz soll der Reichsbank die Deponierung eines Teils ihrer Goldbestände bei anderen Zentralnotenbanken — zum Zweck der Lombardierung — ermöglichen, ohne diese Goldbestände, solange sie frei, d. h. nicht als Lombardpfand, im Ausland lagern, aus der Notendeckung absetzen zu müssen.

Verhandlungen der Reichsbank über Errichtung eines Kontos bei der Federal Reserve Bank sind zum Abschluß gelangt (11. 1.). Entsprechende Abmachungen bestehen bereits mit der Bank von England und der Niederländischen Bank, während Verhandlungen mit der Schweizerischen Nationalbank, der Schwedischen Reichsbank, Dänischen Nationalbank und Bank von Italien anscheinend noch im Gange sind.

* * *

Dem Reichsrat liegen verschiedene Gesetzentwürfe vor, die, mit einigen Änderungen, bereits die Billigung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates gefunden haben.

Es handelt sich dabei um die gesetzliche Festlegung der Beschlüsse, welche die Außenhandelsstellen über Devisenerfassung und Ausfuhrabgabe getroffen haben. Damit kommt die Regierung einem Verlangen der Reparationskommission nach. Prinzipiell soll die Bewilligung zur Ausfuhr von Waren von der Bedingung abhängig sein, daß der Ausfuhrwert in Auslandswährung dem Reich zur Verfügung gestellt wird. Praktisch ist die Durchführung so gedacht, daß der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung jeweils Festsetzungen über Umfang und Maß der Devisenabgaben trifft und weitgehend Ausnahmen bewilligt. Der genannte Ausschuß des Reichswirtschaftsrates wünschte daher, daß nur die Ermächtigung des Reichskommissariats zur Deviseneinziehung gesetzlich fixiert würde.

Ein zweiter Gesetzentwurf ermächtigt die Reichsregierung, bei der Ausfuhr von Waren nach hochvalutarischen Ländern eine 25 %ige Ausfuhrabgabe, die allerdings vorläufig noch nicht in Kraft tritt, zu erheben. Dies würde erst auf Verlangen der Entente geschehen, wenn andere Mittel zur Devisenbeschaffung sich als nicht ausreichend erweisen.

Weiter sollen die Ausfuhrabgaben von der Ausfuhrkontrolle unabhängig gemacht werden. Der Tarif, der beweglich gestaltet sein wird, um sich den Schwankungen der Devisenkurse und der Marktlage jeweilig anzupassen, soll als besonderes Gesetz spätestens zum 1. 6. d. J. vorgelegt werden. Vorläufig wird der Tarif aus der Bekanntmachung vom 27. 10. (s. „Reichsanzeiger" Nr. 254) zu gelten haben.

* * *

Da zu Anfang Januar die Kohlenbestände der Reichseisenbahnverwaltung an einigen Orten außerordentlich knapp geworden sind, hat, zur Vermeidung von Betriebseinstellungen, der Reichsverkehrsminister die Präsidenten der Direktionsbezirke bevollmächtigt, während der nächsten zehn Tage (ab 9. 1.)

im äußersten Notfall rollende und abgestellte Transporte privater Empfänger zu beschlagnahmen.

* * *

Die Leistungsfähigkeit der Industrie zu Anfang des Jahres wurde vielfach durch die ungünstigen Verkehrsverhältnisse und den dadurch verschärften Kohlenmangel ungünstig beeinflußt. So wurde das Hüttenkontingent für das Ruhrrevier vom Reichskohlenkommissar um 75 000 t monatlich niedriger als der Oktoberverbrauch normiert. Für Dezember war eine Verminderung um 37 500 t festgesetzt worden. Eine weitere Meldung besagt, daß die Gute-Hoffnungshütte wegen Brennstoffmangels zwei weitere Öfen außer Betrieb setzen mußte. Diese Einschränkungen werden wohl nicht die einzigen geblieben sein.

Die Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung beim Baroper Walzwerk, von denen mehrfach im Handelsteil der Tageszeitungen die Rede war, wurde verschieden kommentiert. Es scheint, daß durch Zurückhaltung von Kohle und elektrischer Kraft ein Druck auf das Werk ausgeübt werden sollte, um es Fusionswünschen geneigter zu machen.

Die Saarkohlenverteilungsstelle in Mannheim ermäßigt die Verkaufspreise ab 1. 1. um 1 bis 3 fr je t.

Die Thyssengruppe ist mit dem Abteufen einer Anzahl neuer Schächte und mit dem Ausbau bestehender Anlagen stark beschäftigt.

Die Braunschweigischen Kohlenbergwerke planen die Verdreifachung ihres Aktienkapitals von 17 Mill. ℳ auf 51 Mill. ℳ. Also auch hier sind Bau- und Ausdehnungspläne recht lebendig.

Mit einem Aktienkapital von 50 Mill. ℳ wurde in Berlin Anfang d. J. eine Deutsche Bergbau A.-G. errichtet. Beteiligt sind in erster Linie die Deutsche Petroleum A.-G., dann die Stadt Dresden und der sächsische Staat. Die Gesellschaft ist im Besitz eines großen Braunkohlevorkommens in Ostsachsen.

Die Mansfeld-Syndikat A.-G. in Berlin ändert ihre Firma in Mansfeld A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb und verlegt den Sitz nach Eisleben. Das Kapital wird von 70 auf 420 Mill. ℳ erhöht, der Umtausch von Kuxen der Mansfelder kupferschieferbauenden Gesellschaft in die Wege geleitet.

Die Consolidierten Alkaliwerke Westeregeln planen eine Kapitalserhöhung (um 38 Mill. ℳ Stammaktien und 1 Mill. ℳ Vorzugsaktien), aus der u. a. noch ausstehende Kuxe von Orlas, Georg und Unstrut aufgekauft werden sollen. Weiterhin will Westeregeln Kuxe der Gewerkschaft Hansa-Silberberg eintauschen. Auch damit sind die Ausdehnungspläne wohl noch nicht erschöpft. Allerdings scheint auch eine Gruppe des Kalibergbaus dahin zu streben, bei Westeregeln wirksamen Einfluß zu gewinnen. Daraus erklären sich die „Kampfkurse" des Westeregelnpapiers in der letzten Zeit.

Die Hannoversche Maschinenbau-A.-G. hat mit Geltung vom 28. 12. 21 an eine Interessengemeinschaft mit der Firma Henschel & Co. in Cassel geschlossen. Die Selbständigkeit der Firmen bleibt dabei gewahrt. In der Generalversammlung der Hannomag machte sich eine Opposition der Linke-Hofmannwerke geltend. Eine Klärung darüber, wie die letztgenannte Firma ihre Interessen bei der Konvention Henschel-Hannomag zu vertreten gedenkt, welche in ihrem Spezialgebiet eine geschlossene Macht darstellt, steht noch aus.

In Aufsichtsratssitzungen haben die Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt (vorm. Rößler), die Metallgesellschaft und die Metallbank und Metallurgische Gesellschaft A.-G. eine Interessengemeinschaft beschlossen, die ab 1. 4. 22 gemeinsame Gewinnverteilung vorsieht. — Die letztgenannte Gesellschaft erhöht ihr Stammkapital von 75 auf 105 Mill., das Vorzugsaktienkapital von 25 auf 35 Mill. ℳ.

Die Badische Anilin- und Sodafabrik beziffert den Gesamtschaden von Oppau, nach Abrechnung der Versicherungssummen, auf 460 Mill. ℳ. In diese Summe sind die Beiträge für Aufräumung und Wiederherstellung eingeschlossen. Die Gesellschaft erhöht ihr Aktienkapital von 430 auf 470 Mill. ℳ.

Etwa zum Jahreswechsel haben deutsche Großbanken mit der Russischen Staatsbank ein Abkommen zur Sicherstellung von Zahlungen aus Deutschland an russische Empfänger getroffen.

Die Gründung einer „Deutschen Hansabank A.-G." in München soll am 16. 1. erfolgen. Das Aktienkapital soll 152 Mill. ℳ betragen. Als Leiter der Zentrale (München) sind vorgesehen: Dr. Siemer von der Hansabank e. G. m. b. H., München, und Direktor Rosenhauer (früher Bayrische Vereinsbank).

Am 9. 1. fand eine ergebnislose Aktionärversammlung der Pfälzischen Bank in Ludwigshafen statt. Der Verlust wurde zu 380 Mill. ℳ angegeben. Zu der geplanten gemeinsamen Hilfsaktion der Rheinischen Kreditbank und Deutschen Bank mit dem Endziel der Fusionierung konnte eine endgültige Entscheidung nicht gefaßt werden, da die zum Abschluß erforderliche Mehrheit sich nicht ergab.

In Hamburg wurde eine Filiale der Transvaalschen Bank- und Handels-Vereeniging, Amsterdam, errichtet. Die Bank hat Aktienkapital und Reserven von 3,4 Mill. fl. Weitere Niederlassungen bestehen in London und Johannesburg.

Ein Abwehrkartell des Textileinzelhandels unter hervorragender Beteiligung der großen Einzelabnehmer einschl. der Warenhäuser ist in der Gründung begriffen. Damit wird ein schon älterer Plan verwirklicht. Die Beteiligten glauben, in einheitlichem Vorgehen, das durch Konventionalstrafen erzwungen werden soll, einen genügenden Druck auf die liefernden Betriebe ausüben zu können.

Das Comptoire Commerciale Française zu Nantes errichtet in Hamburg eine Zweigniederlassung unter der Bezeichnung Agence de Hambourg.

Aus dem Gebiet des Lebensmittelhandels kommen folgende Nachrichten:

Mit einem voll eingezahlten Kapital von 30 Mill. ℳ wurde in Berlin die Großhandels-A.-G. für Getreide- und Mühlenfabrikate gegründet. Sie stellt die Fortführung der Großhandels-G. m. b. H. dar und steht in Beziehungen zur Westdeutschen Mühlengesellschaft - G. m. b. H. (Cöln), Händler-Gesellschaften in München und Frankfurt a. M., sowie zu einer Großmühle der Elbemündung. An der Gründung ist die Darmstädter Bank beteiligt.

Nach Informationen der „Deutschen Tageszeitung" ist unter Mitwirkung der Nationalbank für Deutschland eine Getreide- und Futtermittel-A.-G. zurzeit in Gründung befindlich. Sie stellt ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen dar, wo 55 % des Aktienkapitals in den Händen des Reichs und der Genossenschaften (insbes. Konsumgenossenschaften) sich befinden, während die übrigen 45 % vermutlich frei untergebracht werden sollen.

Wohl zu diesem Plan wird der „Frankfurter Zeitung" telegraphisch berichtet, daß es sich bei der Gründung einer Produkten-Handels- und Speichereigesellschaft mit 25 Mill. ℳ Kapital unter Führung der Nationalbank um keine Umgründung der RG, vielmehr um einen längst bekannten Plan der Pachtung von jetzt leerstehenden Heeres-Proviantämtern (vielleicht auch Mühlen und Bäckereien, soweit angeschlossen) aus der Hand des Reichsschatzministeriums handelt. Das Kapital soll folgendermaßen untergebracht werden: Beim Reich 25 %, in Landwirtschaft und landwirtschaftlichen

Genossenschaften 18 %, 12 % bei Konsumvereinen, 45 % in Handels-, Bank- und Industriekreisen.

Während des Berichtszeitraums hat sich besonders bei zwei Wirtschaftsgruppen das Streben nach Fusionen und Interessengemeinschaften geltend gemacht und durchgesetzt: in der Brauereiindustrie und im Versicherungswesen. In letzterem sind auch eine Anzahl von Neugründungen zu melden, daneben Erweiterungen des Geschäftskreises — meist derart, daß die Transportversicherung mit in den Kreis der zu betreibenden Geschäfte aufgenommen wird. Einzelne Namen mögen genannt sein: Durch die Allianz-Versicherungs-A.-G., Berlin, und die Münchener Rückversicherungsgesellschaft wurde mit einem Grundkapital von 20 Mill. (wovon ¼ eingezahlt) die Allianz-Lebensversicherungs-Bank A.-G. gegründet. —

Unter Anlehnung an die Oder-Rhein Versicherungs-A.-G. wird die Breslauer Rück- und Mitversicherungs-A.-G. gegründet. (Aktienkapital 3 Mill. ℳ.)

Die Iduna-A.-G., Halle a. S., die Mitteldeutsche Versicherungs-A.-G. daselbst und die Saxonia A.-G., Leipzig, sind eine Arbeitsgemeinschaft eingegangen. Gegenseitige Beteiligung am Aktienkapital ist vorgesehen.

Der Aufsichtsrat der Frankona Rück- und Mitversicherungsgesellschaft A.-G., Berlin, beschließt, das Grundkapital um 6 Mill. zu erhöhen. Zweck ist: Übernahme der Rückvers.-Ges. Europa A.-G., Berlin.

Aus dem Brauereigewerbe mögen einige Angaben folgen:

Die Württembergisch-Hohenzollernsche Brauereigesellschaft und die Brauereigesellschaft Rettenmeyer-Tivoli (Stuttgart) planen einen Zusammenschluß, der u. a. durch eine Kapitalserhöhung ersterer von 8 auf 12 Mill. ℳ bewirkt werden soll, bei welchem den Aktionären von Rettenmeyer-Tivoli gleiche Rechte und Möglichkeit des Aktientausches eingeräumt werden.

Die Generalversammlung der Bavaria-Brauerei, Altona, erhöht ihr Kapital um 5 auf 15 Mill. und beschließt die Verschmelzung mit der Aktienbrauerei Itzehoe.

Laut Aufsichtsratsbeschluß planen die Löwenbrauerei A.-G. und das Böhmische Brauhaus A.-G. (in Zukunft Löwenbräu-Böhmisches Brauhaus A.-G.) zu fusionieren. Zu diesem Zweck erhöht das Böhmische Brauhaus das Aktienkapital von 3,3 um 5,2 auf 8,5 Mill. ℳ.

Die Vereinsbrauerei Jüterbog A.-G., deren Nominalkapital 250 000 ℳ beträgt, wird durch die neue Firma angekauft.

Die Engelhardt-Brauerei A.-G., Berlin, hat mit der Lindener Aktienbrauerei Hannover einen Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen, zu dem die Zustimmung beider Generalversammlungen noch einzuholen ist. Der Vertrag bezweckt einheitliche Geschäftsführung und gleichmäßige Gewinnausschüttung. Die Durchführung geschieht mit Hilfe einer zu errichtenden Engelhardt-Linden G. m. b. H. Das Kapital von Engelhardt soll von 18 auf 42, das von Linden von 9 auf 21 Mill. erhöht werden.

An weiteren Meldungen seien gebracht: Bei der Vereinigte Nord- und Süddeutsche Spritwerke und Preßhefefabrik Bast A.-G., Nürnberg, genehmigte der Aufsichtsrat einen Vertragsabschluß mit der Sinner-A.-G., Karlsruhe, der die Errichtung einer gemeinsamen Gesellschaft unter der Firma Sinner-Bast G. m. b. H., Neuhaldensleben, vorsieht, in welcher das Werk der Bast A.-G. in Frechen bei Köln mit dem Neuhaldenslebener Werk von Sinner vereinigt werden soll.

Die Dynamit-A.-G. vorm. Alfred Nobel & Co., Hamburg, hat durch Vermittlung der Norddeutschen Bank den Sprengstoffwerken Dr. R. Nahnsen & Co., A.-G. in Dömitz-Hamburg die Fusion unter der Bedingung angeboten, daß Aktien letzterer im Betrage von mindestens 2,625 Mill. zum Umtausch gelangen (bei einem Gesamtaktienkapital von 2,332 Mill. Stamm-, 1,168 Mill. Vorzugsaktien). Der Aufsichtsrat der Nahnsen & Co. hat das Angebot einstimmig befürwortet.

Die Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei Bremen plant eine Erhöhung des Grundkapitals um 4 Mill., welche von der Kammgarnspinnerei Kaiserslautern im Tausch übernommen werden sollen. *E. T.*

Deutsch-Österreich

Beseitigung der Lebensmittelzuschüsse — Devisenhausse und Teuerung — Untaugliche neue Steuern — Anmeldung des Devisenbesitzes — Aufhebung des freien Devisenverkehrs — Neue Devisenhausse

Seitdem Mitte Oktober der neue Finanzminister Dr. Gürtler ins Amt getreten ist, hat die österreichische Finanzpolitik heroische Anstrengungen gemacht, um dem staatsfinanziellen Elend beizukommen. Aber es hat sich wieder einmal gezeigt, daß Heroismus allein nicht zum Ziele führt, wenn er sich nach falscher Richtung betätigt. Das Kernstück der Gürtlerschen Finanzpolitik ist die Beseitigung der Lebensmittelzuschüsse gewesen, auf die etwa ein Drittel des gesamten staatlichen Defizites entfällt. Die Sozialdemokratie hat sich für diese Maßnahme mit anerkennenswerter Selbstverleugnung eingesetzt, allerdings unter der Bedingung, daß der Reallohn der Arbeiter und Angestellten ungeschmälert bleibt. Die Differenz zwischen dem verbilligten und dem Weltmarktpreis der rationierten Lebensmittel müssen daher die Unternehmer den Arbeitnehmern vergüten und außerdem ist eine Art „Kinderversicherung" geschaffen, durch die zu Lasten der gesamten Unternehmerschaft ein Ausgleich zwischen Betrieben mit kinderreichen und kinderlosen Arbeitern hergestellt werden soll. Kranke, Invalide, Pensionisten und sonstige bedürftige Personen erhalten die Preisdifferenz aus Staatsmitteln. Die Beseitigung der Zuschüsse ist am 8. 1. in Kraft getreten. Aufrecht geblieben ist vorläufig ein Brotzuschuß von 150 K, der aber auch binnen drei Monaten beseitigt werden soll — Mehl und Fett wird künftig zu den Selbstkosten des Staates abgegeben —, bis die ganze Nahrungsmittelversorgung dem freien Handel überlassen werden kann.

Aber die Ankündigung dieses Planes hat nicht die erhoffte Wirkung gehabt, daß das Vertrauen zur deutsch-österreichischen Finanzwirtschaft gestärkt worden wäre, vielmehr haben die Devisenkurse ihre Steigerung in beschleunigtem Maß fortgesetzt und damit von vornherein die mögliche günstige Wirkung einer Verringerung des Defizites vereitelt. Denn mit der Verteuerung der fremden Zahlungsmittel ist eine beispiellose sprunghafte allgemeine Teuerung parallel gegangen. Die Preisindexziffer des „Österreichischen Volkswirt", die für Anfang Oktober mit 242 ermittelt war, betrug Anfang November 400, um im Dezember auf 684 und Anfang Januar auf 989 zu steigen. Die Folgen auf dem Arbeitsmarkt sind nicht ausgeblieben. Löhne und Gehälter, die auf dieser Indexziffer aufgebaut sind, haben sich im gleichen Maß erhöht und davon ist der Staat als der größte Dienstgeber natürlich am meisten betroffen. Aber die Preissteigerung der Valuta trifft ihn auch als Unternehmer in seinem Sachaufwand.

Kohle, Roh- und Hilfsmaterialien für die staatlichen Betriebe muß er im selben Verhältnis teurer bezahlen. Eine Verdreifachung der Monopolpreise wie der Tarife der Verkehrsunternehmungen hat im Dezember nur einen Teil des früher schon großen Defizites der staatlichen Betriebe beseitigen können. Nun sollen in den nächsten Wochen die erhöhten Preise und Tarife neuerdings auf das Drei- bis Fünffache gesteigert werden. Aber es ist eine Schraube ohne Ende, die da gedreht wird, weil Preise und Devisenkurse von der raschesten Gesetzgebung nicht eingeholt werden.

Was daneben für die Einnahmenvermehrung geschehen ist, ist ganz unzulänglich und zum Teil für die Volkswirtschaft im höchsten Maße gefährlich. Das gilt vor allem von der ergiebigsten der neu eingeführten Steuern, einer Geldumsatzsteuer für alle Umsätze bei Bank- und Kreditinstituten. Die Steuer beträgt zwar nur ein Viertel pro Mille, aber da jede Buchung besteuert wird und für ganz einfache Überweisungen im täglichen kaufmännischen Verkehr acht bis zehn Buchungen und mehr erforderlich sind, erhebt sich die gesamte Steuerbelastung zu einer Summe, die der Zahlungsverkehr nicht verträgt. Die Folge davon wird eine Verwilderung der Zahlungssitten, eine Zurückdrängung des Überweisungsverkehrs durch den Barverkehr, ein verringerter Zufluß von kurzfristigen Einlagen bei Banken und Sparkassen und mit all dem vermehrter Notenumlauf, Geldknappheit bei verstärkter Inflation und schließlich eine teilweise Abwanderung der Bankumsätze nach den Nationalstaaten, insbesondere nach Prag und Budapest sein. Dabei kommen die optimistischsten Schätzungen erst auf einen Ertrag der Steuer von 20 Milliarden, wovon die Hälfte den Ländern und Gemeinden überlassen werden müßte.

Alle anderen Steuern — es handelt sich durchweg um Maßnahmen im Bezirk der direkten Steuer — fallen wenig ins Gewicht. Hierher gehört eine Verkürzung der Zahlungsfristen bei der Vermögensabgabe, eine Anpassung der Einkommensteuer an die Schwankungen des Geldwertes durch Ersetzung der festen Einkommensummen des Tarifes durch „Steuereinheiten", die vom Finanzminister gegebenenfalls zu erhöhen oder zu ermäßigen sind, ein Steuervoreinzahlungsgesetz, das die Einzahlung der direkten Steuer auf Grund der Selbsteinschätzung vor Einlagen der Vorschreibung erzwingen will, eine Erhöhung der Grundsteuer und Erwerbsteuer u. a. Finanzpolitisch neu ist neben der Geldumsatzsteuer eine Kopfsteuer für Börsenbesucher von 100 Goldkronen im Monat, was gegenwärtig ca. 1½ Mill. K im Jahr entspricht. Diese Steuer, die den kapitalsfeindlichen Instinkten der Straße weitherzig entgegenkommt, wird bestenfalls 1½ bis 2 Milliarden tragen. Aber sie hat durch die verletzende Form ihrer Einbringung und Begründung viel Lärm gemacht und zu einem einwöchigen ergebnislosen Börsenstreik geführt. Im übrigen sieht das Finanzprogramm Dr. Gürtlers in neuen Steuern nur noch eine Warenumsatzsteuer und eine Besteuerung der Börsengewinne vor. Diese beiden Steuern sind vom Parlament noch nicht erledigt.

Während die Finanzpolitik so mit untauglichen Mitteln dem Defizit im Staatshaushalt beizukommen sucht, ist gleichzeitig ein doppelter Schlag gegen die Devisenspekulation geführt worden. Ein am letzten Parlamentstag eingebrachtes und noch am Abend desselben Tages ins Staatsgesetzblatt eingerücktes Gesetz verfügte die Anmeldung des Besitzes an fremden Valuten und ausländischen Bankguthaben. Auf die Unterlassung oder Unvollständigkeit der Anmeldung sind Strafen bis zu zehn Jahren schweren Kerkers gesetzt. Dem Anzeiger wird eine Ergreiferprämie von einem Drittel des erfaßten Betrages versprochen, demjenigen, der seine Valuten dem Staat abliefert, völlige Steueramnestie gewährleistet. Die Ablieferungsfrist läuft bis 14. 1. Die Ablieferung erfolgt gegen 5 %ige Bundesobligationen, nach Wahl des Ablieferndn in Kronen oder in einer wertbeständigen Währung. Welches Ergebnis die Anmeldung und die Ablieferung der Valuten gehabt hat, ist noch nicht bekannt. Das Gesetz ist jedenfalls sehr wirksam konstruiert, aber bei der engen und undurchsichtigen Verflechtung der deutsch-österreichischen Wirtschaft mit der der Nationalstaaten gibt es so zahlreiche formell einwandfreie Möglichkeiten der Verschiebung von Auslandswerten, daß dem Fiskus aus seiner Aktion kaum sehr beträchtliche Summen zufließen werden. Zugleich wurde durch eine neue Devisenverordnung der freie Devisenverkehr aufgehoben. Der Kauf von ausländischen Zahlungsmitteln für Zwecke der Spekulation und der Vermögensanlage ist nunmehr verboten. Devisen und Valuten dürfen an Nichtmitglieder der Devisenzentrale nur für den Import von Waren gegen Nachweis des Verwendungszweckes, ferner für Reisezwecke bis 500 000 K, sonst lediglich mit Bewilligung der Devisenzentrale verkauft werden. Valuten aus dem Export von Waren sind abzuliefern.

Damit ist die Devisenspekulation im engeren Sinne vorläufig allerdings ausgeschaltet, aber die Wirkung dieser Maßnahmen auf die Devisenkurse dürfte ihre Urheber schwer enttäuscht haben. Vorübergehend ist allerdings ein Rückschlag eingetreten, der hauptsächlich auf Angstverkäufe und Abgaben von Personen zurückzuführen war, welche der Anmeldung ihres Besitzes entgehen wollten. Aber seither sind die Devisenkurse wieder fast ununterbrochen weiter gestiegen. Die Westdevisen haben ihren Höchststand fast wieder erreicht und die für Deutsch-Österreich wichtigsten Devisen — Prag und Berlin — ihn bereits weit überschritten. Die Reichsmark ist am 9. 1. auf 41 gestiegen. Vor allem hat sich die tschechische Krone im Einklang mit ihrer Bewegung auf dem Weltmarkt auch in Wien sprunghaft verteuert, was auf die Lebenshaltung der deutsch-österreichischen Bevölkerung, die mit Kohle, Zucker, Textilien, Glas und vielem anderen auf tschecho-slowakische Bezüge angewiesen ist, unmittelbar zurückwirkt. Die tschechische Krone hat in Wien den Kurs von 110 überschritten. Darauf hat auch die Meldung, daß die Tschecho-Slowakei sich zur Gewährung eines Kredites von 500 Mill. csl. K verpflichtet habe, keinen Einfluß gehabt, da diese Kreditzusage an Bedingungen geknüpft ist, die man für unerfüllbar hält. Ebenso ist der sagenhafte Kredit der Westmächte seiner Verwirklichung noch immer nicht nähergekommen, da das Schicksal der Mellon-Bill im amerikanischen Senat in Schwebe ist. Die Wirkung dieser staatsfinanziellen und valutarischen Entwicklung auf die Volkswirtschaft wird in einem nächsten Bericht darzustellen sein.

Wien, 9. Januar 1922.

Dr. Gustav Stolper

Frankreich

Der Rückgang in der französischen Bevölkerung — Die Krise in der Schwerindustrie — Herabsetzung der Kohlenpreise und Versuche eines Abbaus der Löhne — Die Lage in der Textil- und Schuhindustrie

„Die zukünftige Sicherheit Frankreichs" ist es, die nicht nur der französischen Regierung, sondern allen alliierten und assoziierten Staaten, die sich noch einen Rest von Anhänglichkeit an die Kriegsverbindungen bewahrt haben, Sorge macht. Auch Lloyd George hat in seiner Denkschrift, die er Briand in Cannes überreichte, die Ententepolitik dadurch motiviert, daß Frankreich in Zukunft ganz anders, wie ehedem, vor seinen Feinden geschützt werden müsse, da selbst das verkleinerte (d. h. um Posen, Westpreußen, Oberschlesien, Elsaß-Lothringen, das Saargebiet, Nordschleswig, Eupen-Malmedy, Danzig und Memel beraubte) Deutschland Frankreich an Bevölkerungszahl noch weit überlegen sei.

Die Daten, die Lloyd George angibt, sind sehr ungenau; man versteht diese Sorge und wird den Alpdruck, der auf den französischen Staatsmännern lastet, erst richtig würdigen können, wenn man die Zahlen genauer kennt, die das „Journal officiel" v. 30. 12. 21 veröffentlichte. Die am 6. 3. vor. J. vorgenommene Volkszählung bewies, daß Frankreichs Bevölkerung im Vergleich zu 1911 ganz außerordentlich abgenommen hat; selbst wenn man die Einwohnerzahlen Elsaß-Lothringens dazu nimmt, hat Frankreich eine nennenswerte Abnahme festzustellen gehabt. Die Volkszählung ergab:

	1911	1921 Altes Frankreich	1921 Elsaß-Lothringen	1921 Vergrößt. Frankr.
Gesamtbevölkerg.	39 604 992	37 692 990[1])	1 709 749	39 402 739
Davon Franzosen	38 472 296	36 275 633[1])	1 576 647	37 852 280
„ Ausländer	1 132 696	1 417 357	133 102	1 550 459

[1]) Einschließlich 192 973 Soldaten und Seeleuten der Kriegs- und Handelsmarine, die am 6. 3. 1921 außerhalb Frankreichs weilten.

Der Rückgang der französischen Bevölkerung in den Staatsgrenzen der Vorkriegszeit betrug somit seit 1911 — 2 196 663 Seelen; rechnet man nun Elsaß-Lothringen (ohne die dort lebenden Ausländer) hinzu, so weist das vergrößerte Frankreich trotz einer Zunahme um 1 576 647 Seelen einen Gesamtrückgang von immer noch 620 016 Seelen auf.

Die offiziellen Angaben bezeichnen als Ursache des Rückganges der Bevölkerung die Kriegsverluste, den Rückgang der Geburten infolge derselben und — die Grippe, die in einigen Departements besonders verheerend gewütet habe. Besonders stark ist die Abnahme der Bevölkerung natürlich in den Kriegsgebieten, so in den Departements Aisne um 108 711, Nord um 173 862, Vosges um 50 230, in der Stadt Reims von 115 178 Einwohnern in 1911 auf 76 645 in 1921 usw.

Das Deutsche Reich hatte am 8. 10. 19 bei einem Gebietsumfang von 473 314 qkm eine Bevölkerung von 60 837 579 Seelen; dies macht ein Mehr von 22 985 299 deutschen Staatsangehörigen, gegenüber der Zahl der Franzosen. Dazu kommt nun noch, daß wir in Deutschland einen Geburtenüberschuß von rund 600 000 im Jahre durchschnittlich haben, während Frankreich alljährlich eine Abnahme der Bevölkerung festzustellen hatte. Dieser Rückgang der Bevölkerung Frankreichs ist als Ursache der französischen Nervosität, das Kernproblem der französischen Politik. Frankreichs „Sieg" wird durch die zunehmende Verminderung der französischen Nation in den Schatten gestellt; alle Allianzen und Mobilisationen Farbiger können diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen und die drohende Gefahr weiterer Reduzierung der grande Nation nicht beheben. Hier steht unumstößliche Wirklichkeit allen französischen Absichten gegenüber — der Enderfolg der Politik europäischer Hegemonie kann auf Grund dieser Tatsachen vielleicht am ehesten eingeschätzt werden.

Der ungünstige Bevölkerungsstand hat das Eingeständnis zur Folge gehabt, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mit französischen Arbeitern nicht vorgenommen werden kann. Frankreich bedarf daher mindestens 100 000 fremder Arbeiter. Man will jedoch deutsche Arbeiter nicht haben, nicht nur deshalb, weil sie eben — Deutsche sind, sondern weil man mit der Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften gleichzeitig kolonisatorische Absichten verbinden will. Man erwartet, daß die aus Italien, Polen und der Tschecho-Slowakei kommenden Maurer, Tischler, Stuckarbeiter, Zementarbeiter usw. sich in Frankreich festsetzen werden, als willkommener Ausgleich des Bevölkerungsrückganges. 5000 italienische Arbeiter wurden zu Ende des Jahres im Sommegebiet erwartet, weitere 10 000 sollen im Frühjahre angeworben werden.

Wenngleich also Frankreich die Schwierigkeiten, für überschüssige Bevölkerungsmengen neue Arbeit zu schaffen, nicht kennt, so ist die Wirtschaftslage seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres doch so ungünstig, daß z. B. die Arbeiter der Schwerindustrie und die Bergleute nicht voll beschäftigt werden können. Allerdings kann die Zahl der Arbeitslosen nicht groß sein, da am 9. 12. v. J. 11 277 und am 16. 12. nur 10 837 derselben unterstützt wurden.

Die Schwerindustrie und der Bergbau befinden sich bereits seit der Mitte des vorigen Jahres in einer immer ernsteren Krise. Während Frankreich früher 220 Hochöfen (einschließlich der zerstörten im ehedem besetzten Gebiet) besaß, waren zum 1. 1. 21 — 91, zum 1. 7. 21 — 75 und zum 1. 10. 21 nur 51 Hochöfen in Betrieb. Die Produktion von Mineralen, Erzen und Kohle nahm infolgedessen dauernd ab. Es wurden produziert (in 1000 t):

	Monatsdurchschnitt des 1. Halbjahrs	Juli	August	September
Minerale	1250	1008	1029	108
Gußeisen	290	267	255	244
Stahl	254	223	232	236

Die drei letzten Monate des vorigen Jahres — über die genauere Angaben noch nicht vorliegen — haben keine Verbesserung der Verhältnisse gebracht, so daß z. B. in einzelnen Gruben der französischen Kohlenbergwerke Stillegungen und Arbeiterentlassungen haben vorgenommen werden müssen. Einesteils weil der Bedarf der Schwerindustrie an Kohle eine Verringerung erfahren hat, andrerseits weil die deutsche Reparationskohle den französischen Gruben jede Konkurrenz unmöglich macht. Die Förderkosten sind so hoch, daß man gar nicht daran denken kann, französische Kohle zum deutschen Inlandpreise zu liefern, zu dem Deutschland sie abliefern muß. Wird die deutsche Kohle nicht teurer oder verzichtet die französische Regierung nicht auf einen wesentlichen Teil der deutschen Reparationskohle, so steht dem französischen Kohlenbergbau unweigerlich eine weitere Verschärfung der Krise bevor, müssen weitere Gruben stillgelegt und Arbeiter entlassen werden. Die Gewerkschaften der französischen Kohlenbergleute scheinen jedoch nicht gewillt zu sein, die Arbeiterentlassungen ohne weiteres hinzunehmen; Anfang Dezember gab es bereits einen 24stündigen Proteststreik der Bergleute. Die Arbeitgeber stehen auf dem Standpunkt (vergl. „La Journée Industrielle", Paris, 28. 12.), daß

Lohnherabsetzungen vorgenommen werden müssen, da der Preisunterschied von 40 fr pro t zwischen den ausländischen und französischen Kohlen auf den Inlandsmärkten eine unerträgliche Lage geschaffen habe. Die Syndikate des Nordens und des Bezirks von Pas de Calais beabsichtigen eine Verminderung der Kohlenpreise jetzt und im Frühjahre stufenweise vorzunehmen und zwar von 10 bis 15 fr für Industrierohkohlen, von 20 bis 31 fr für gewaschene Kohle und von 39 bis 49 fr für Preßkohle. Um diese Herabsetzungen ertragen zu können, haben die Arbeitgeberverbände den Arbeiterorganisationen einen Abbau der Löhne vorgeschlagen, und zwar um 5 bis 6 fr des Grundlohnes. („L'Information" vom 11. 1.)

Es ist nicht anzunehmen, daß die Grubenarbeiter hierauf eingehen; harte Kämpfe stehen bevor; die Arbeitgeber wollen jedoch lieber in größerem Umfange die Betriebe stillegen, als weiter mit Verlust arbeiten zu lassen. In der den Unternehmern nahestehenden Presse heißt es, die Arbeiterschaft sehe die Schwierigkeiten ein und sei z. B. bereit, den Achtstundentag aufzugeben, ja auch über Lohnherabsetzungen mit sich sprechen zu lassen. Man tut jedoch gut daran, eine Bestätigung dieser planmäßig verbreiteten Meldungen abzuwarten.

Die Lage der übrigen Industrien ist z. T. befriedigend; besonders die Textilindustrie hat größere Aufträge in Wollsammet und Militärtuchen erhalten; zu Beginn des neuen Jahres wurde mit einer weiteren Belebung des Geschäftes und einer geringen Erhöhung des Beschäftigungsgrades gerechnet. Unstimmigkeiten mit den Arbeitern hofft man durch eine relativ geringe Lohnerhöhung beseitigen zu können. Die Schuhindustrie, besonders was die 20 Fabriken des Toulouser Kreises betrifft, konnte in letzter Zeit einen nennenswerten Aufschwung feststellen. Die erforderlichen Ledersorten werden fast ausnahmslos von französischen Gerbereien geliefert oder stammen aus dem Elsaß. Deutsches Lackleder und Farbstoffe werden wieder bezogen, spanisches und amerikanisches Leder jedoch nicht mehr. Der größte Teil der Produktion wird in Frankreich selbst abgesetzt, etwa 10 % geht in die französischen Kolonien. Man bemüht sich, besonders von Toulouse aus, um die Organisation des Absatzes im Auslande, hauptsächlich in Italien und England. Die englische und italienische Konkurrenz galt allerdings bisher als sehr gefährlich, doch hofft man elegante französische Fassons und Luxusschuhe dennoch in zunehmenden Mengen im Auslande unterbringen zu können.

Dr. Hans von Eckardt

England

Jahresübersichten: Geldmarkt, Kapitalmarkt, Abrechnungsverkehr, Wechselkurse — Aktienkurse und Industriegewinne — Arbeitsmarkt — Preisniveau

Der Konjunkturumschwung des Herbstes 1920, der sich im Laufe des Jahres 1921 in Gestalt von Lohnherabsetzungen, Preisreduktionen, Produktionseinschränkungen folgerichtig zur Depression entwickelt hat, findet seinen zahlenmäßig am deutlichsten faßbaren Ausdruck in den Verhältnissen des Geldmarktes. Die wiederholten Herabsetzungen des Londoner Banksatzes:

seit 15. 4. 1920	7 %	seit 21. 7. 1921	5½ %
„ 28. 4. 1921	6½ „	„ 3. 11. 1921	5 „
„ 23. 6. 1921	6 „		

waren begleitet von entsprechenden Reduktionen des Privatdiskonts und des Satzes für Depositenzinsen (2 % unter Banksatz) und lassen die Entwicklung deutlich erkennen, die sich von äußerst scharfer, fast krisenhafter Anspannung der Jahreswende (1920/21) zu großer Geldflüssigkeit hin bewegt hat. Unter der Einwirkung der Stagnation des Handels hat die Kreditnachfrage bedeutend nachgelassen; sie sieht sich reichlichem Geldangebot gegenüber, und der Satz für tägliches Geld hat bis auf 3½ % sinken können. Die letzte Quartalsanspannung kann darüber nicht hinwegtäuschen. Der „Economist" schätzt den Gesamtbetrag umlaufender kaufmännischer Wechsel für Anfang 1921 auf 350 Mill. £ (d. h. etwas weniger als 1914) gegenüber nur 100 Mill. £ für Jahresende.

Doch beherrscht heute noch wie zu Kriegszeiten nicht der private Geldbedarf den Geldmarkt, sondern vielmehr das Schatzamt mit seinen gewaltigen Beständen an Treasury bills. So kommt die Erleichterung vorläufig noch mehr dem Schatzamt zugute, das aber durch seine Bills den Geldgebern willkommene Anlagemöglichkeit gewährte. Freilich hat sich die britische schwebende Schuld, soweit sie sich in der Form von Treasury bills verkörpert, im Lauf des Jahres ebenfalls vermindert, wie aus folgender Tabelle ersichtlich ist:

Bestand an Treasury Bills (in Mill. £):

31. 12. 1920 ..	1102,1	30. 6. 1921 ..	1221,6	31. 12. 1921 ..	1059,8

Doch konnte die Methode des Schatzwechselverkaufs verändert werden. Bis zum 21. 4. hatte das Schatzamt seine Wechsel zu vorher festgesetztem Zinssatz verkauft, jetzt diskontierte es sie zu den jeweils herrschenden Geldsätzen und konnte damit ihre durchschnittliche Verzinsung von ca. 6 % am 21. 4. auf ca. 3¾ % am 30. 12. vermindern. Doch brachte das Schatzamt andererseits durch die Notwendigkeit der Erneuerung fälliger Schatzwechsel auch ein gewisses Moment der Beunruhigung. In Interesse von Handel und Industrie, die auf langsame Belebung der Wirtschaft im kommenden Jahre hoffen, steht zu wünschen, daß der Rückzug des Schatzamts vom Geldmarkt bald schneller einsetzt, damit diese Beunruhigungen aufhören und die von ihm beanspruchten Mittel für produktive Zwecke frei werden.

Eine Betrachtung der Emissionen des vergangenen Jahres zeigt wiederum ein ähnliches Vorwiegen finanzieller Interessen. Die allgemeine Emissionstätigkeit in London entwickelte sich folgendermaßen (in Mill. £):

1908	192,2	1912	210,9	1916	585 4
1909	182,4	1913	196,5	1917	1318 6
1910	267,4	1914	512,5	1918	1393,4
1911	191,8	1915	685,2	1919	1036,1
1920 1. Quartal	135,1	1921 1. Quartal			63,4
2. „	98 0	2. „			65,3
3. „	61 2	3. „			57 9
4. „	73,2	4. „			202,4

Die große Ziffer des letzten Quartals 1921, die an Bedeutung fast an die Emissionen der Kriegsjahre heranreicht, ist jedoch durchaus nicht auf vermehrte private Geldaufnahme zurückzuführen, vielmehr lehrt ein Blick auf die folgende Tabelle, daß sie in erster Linie durch die Finanzaktionen des Schatzamts verursacht worden ist (in Mill. £):

	1920	1921 1.-3. Quart.	1921 4. Quart.	Zus
Anleihen der britischen Regierung .	37 5	59 2	143,6	202,8
„ „ brit. Kommunen usw..	46,6	16,6	2,4	19 0
„ von Ausland und Kolonien	17.0	43 8	41,6	85,4
„ „ priv. inländ. Untern...	266 4	67.0	14,8	81 8
Zusammen...	367,5	186,6	202,4	389,0

Drei Viertel der gesamten Emissionen des letzten Quartals, 143,6 von 202.4 Mill. £, entfallen auf das Schatzamt, und die private Emissionstätigkeit hielt sich, der stagnierenden Wirtschaftslage entsprechend, in äußerst bescheidenen Grenzen.

Das Überwiegen des Schatzamts auf dem Kapitalmarkt erklärt auch die Verringerung der Treasury bills, denn in großem Umfang sind die kurzfristigen Verbindlichkeiten der Regierung in langfristige 5½ %ige Treasury bonds konvertiert worden (insgesamt 173,8 Mill. £, davon der weitaus größte Teil im letzten Quartal). Die Anpassung der Staatsausgaben an die Einnahmen ist eben auch in England noch nicht erfolgt, — die am 31. 12. abgelaufenen neun Monate des Rechnungsjahres 1921/22 schließen mit einem Defizit von 63,2 Mill. £ —, und die Flüssigkeit des Kapitalmarktes infolge vorläufig geringeren Kapitalbedarfs von Handel und Industrie bot nur die Möglichkeit, langfristige Mittel zur Deckung des Defizits heranzuziehen, während es bisher durch private kurzfristige Mittel und durch Ausgabe von Currency notes gedeckt worden war. — Ob das „Sparsamkeits-Komitee" von Geddes, dessen Bericht jetzt dem Kabinett vorliegt, diese wünschenswerte Anpassung herbeiführen und damit der privaten Kapitalsnachfrage für die spätere Aufstiegsperiode günstigere Aussichten ermöglichen kann, steht dahin. Jedenfalls ist eine Befreiung des Kapitalmarktes wie des Geldmarktes von den übermäßigen Ansprüchen der Regierung, ebenso wie die Reparations- und Wiederaufbauprobleme von Cannes, eine Frage die gelöst werden muß, wenn die Depression überwunden werden soll.

Der Abrechnungsverkehr in London spiegelt in ähnlicher Weise die Depression und ihre Nebenerscheinungen wieder. Hatte das Jahr 1920 für das Londoner Clearing house mit 39 Milliarden £ Gesamtumsätzen eine neue Rekordziffer gebracht (gegenüber 28,4 in 1919), so ergab 1921 ein Abflauen auf 34,9 Milliarden £. Diese Abnahme um 10,5 % entspricht jedoch nicht ganz der Preissenkung, der tatsächlichen Verminderung des kaufmännischen Verkehrs und der Untätigkeit der Börse. Die Erneuerung schwebender Schulden durch das Schatzamt und die großen Konversionen, zugleich auch der lebhafte, vielfach spekulative, Devisenverkehr brachten größere Geldumsätze, so daß die Einschränkung des kaufmännischen Zahlungsverkehrs nicht so stark in Erscheinung treten konnte.

Die Entwicklung der Wechselkurse steht naturgemäß nicht so stark unter dem Einfluß der Staatsfinanzen, wie der Geld- und Kapitalmarkt. So kann er deutlicher noch als diese die allgemeine Unsicherheit der Lage widerspiegeln. Folgende Tabelle zeigt die Bewegung der wichtigsten Wechselkurse im vergangenen Jahre:

Preis des £		31. 12. 20	31. 12. 21	Hebung + oder Senkung — d. £
in New York	$	3,21	4,21 1/16	+ 1,00 1/16
„ Paris	fr	59 72½	51,90	— 7.82½
„ Brüssel	fr	56,86½	54 52½	— 2,34
„ Rom	Lire	101,75	96,50	— 5,25
„ Bern	fr	23,17	21,59½	— 1 57½
„ Amsterdam	fl	11.26	11,39½	+ 0,13½
„ Berlin	M.	258,—	771,—	+ 513,—
„ Wien	K	1450,—	11 000,—	+9550,—
„ Stockholm	Kr	17,70	16,70	— 1,—

Einzig erfreulich, — wenigstens vom Standpunkt einer Prestigepolitik — erscheint die Hebung des £-Kurses in New York, besonders soweit sie auf außerwirtschaftliche Tatsachen, etwa die glückliche Lösung der Washingtoner Probleme, zurückzuführen ist. Wenn allerdings die „Times" den Rückgang amerikanischer Importe und vermehrten Ankauf europäischer Wertpapiere durch die Vereinigten Staaten als wirtschaftliche Ursachen dieser Hebung nennt, so fällt es schwer, weiter an ihre günstige Bedeutung zu glauben. Denn der leichten Besserung des £-Kurses steht die mindestens ebenso schwer wiegende Tatsache neuerlicher Verschuldung England-Europas an Amerika gegenüber. Den im Kriege erworbenen Staatsschulden, die heute noch nicht einmal verzinst werden können, werden neue Schulden privater Unternehmungen hinzugefügt, deren Verzinsung spätere Zahlungsbilanzen belasten wird und die heute schon Übereignung heimischer Werte an Amerika bedeutet.

Interessant ist auch die Bewegung der kontinentalen Devisenkurse. Sie kann der wechselvollen politischen und wirtschaftlichen Schicksale dieser Staaten halber nicht anders als uneinheitlich sein. So steht der Verschlechterung der deutschen Mark von 258 auf 771 eine erhebliche Besserung des französischen Franken von 59,72½ auf 51,90 gegenüber, ein prägnanter Ausdruck auch für die politische Machtstellung beider Staaten in den heutigen Tagen.

So zeigt sich im Geld- und Kapitalmarkt sowie in den Devisenkursen die schwierige Lage der englischen Wirtschaft im Jahre 1921, die die englischen Anstrengungen in Cannes und die Bemühungen für eine spätere Wirtschaftskonferenz in Genua erklären. Denn die Konsolidierung der mitteleuropäischen Volkswirtschaften soll den englischen Wirtschaftsverhältnissen die nötige Besserung bringen.

Die Börse hatte unter dem Einfluß der geschilderten Wirtschaftsentwicklung ein sehr unruhiges Jahr durchzumachen. Die Börsenindexzahlen des „Bankers' Magazins" über die 387 hauptsächlichsten Börsenwerte lassen, obwohl als komplexe Gebilde zur Erkenntnis von Einzelfragen unbrauchbar, eine stetige Abwärtsbewegung der Kurse bis April 1921, dem tiefsten Stand seit 1907 überhaupt, und eine darauf folgende langsame Erholung bis Jahresende deutlich erkennen:

20. Januar 1907	3843 Mill. £	Ende	Juni	1921	2291 Mill. £
30. Juli 1914	3371	„	„	Juli	„	2345	„
Ende Jan. 1921	2336	„	„	Sept.	„	2356	„
„ Febr. „	2294	„	„	Okt.	„	2288	„
„ März „	2289	„	„	Nov.	„	2299	„
„ April „	2285	„	„	Dez.	„	2332	„
„ Mai „	2308	„					

Im einzelnen ist die Bewegung, trotz der Stetigkeit der Gesamtzahlen, durchaus uneinheitlich gewesen. Um so bedeutsamer erscheint die Besserung, die das Jahresende angesichts der Depression in Handel und Industrie aufzuweisen hat. Der flüssige Geldstand, hervorgerufen durch den geringen privaten Geldbedarf und auch durch die von Deutschland als Reparation gezahlten Gelder, begann seine Wirkung auf die Börse auszuüben, nachdem in der ersten Jahreshälfte die Unsicherheit der politischen Lage — Kohlenstreik, irische Frage, Ungeklärtheit auf dem Kontinent — und die zahlreichen Liquidationen infolge von Handelsverlusten einen Optimismus der Börse nicht hatten aufkommen lassen. Die Erholung der Kurse ist vor allem auf eine lebhafte Bevorzugung festverzinslicher Werte, insbesondere der Staats- und Kommunalanleihen und der Obligationen heimischer Eisenbahnen zurückzuführen. Dem stehen auf der anderen Seite erhebliche Kurseinbußen gegenüber. So verloren amerikanische Eisenbahnwerte im Einklang mit der Valutabewegung im Laufe des Jahres 17,4 % (= 60 Mill. £) an Kurswert, ähnlich wirkte der Rückgang des Dollarkurses und damit des Goldpreises auf südafrikanische Minenwerte, sie verloren 13,4 %. Die Depression der heimischen Schwerindustrie zeigt sich in Kurseinbußen der Eisen-, Stahl- und Kohlenaktien um 25,5 %, die Schiffahrtskrise in Kursverlusten der Schiffahrtsaktien von 3,6 %. Eine kurze Übersicht möge diese entgegengesetzten Bewegungen verdeutlichen:

Kurssteigerungen	um %	Kursminderungen	um %
a) Festverzinsl. Werte:		a) Valutapapiere:	
Brit. Staatsanleihen	12,9	Amerik. Eisenbahnen	17,4
„ Korporationen	11,2	Fremde „	13.3
„ Eisenbahnen	7,3	Südafrikan. Minen	13,4
b) Aktien:		Verschiedene Minen	25,6
Britische Banken	3,6	b) Andere Aktien:	
Kolonialbanken	9,6	Eisen, Stahl, Kohle	25,5
Brauereien	14,1	Schiffahrt	3,6

Ein Rückblick auf die Lage der Industriegesellschaften und der Banken im vergangenen Jahre läßt die Bevorzugung der festverzinslichen Werte, die regelmäßig als Depressionserscheinung beobachtet worden ist, und die der Bankaktien auch sachlich begründet erscheinen. Die jetzt veröffentlichten und im Überblick durch den „Economist" gebrachten Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften lassen, mit geringen Ausnahmen hinsichtlich vereinzelter Geschäftszweige, einen außerordentlich starken Rückgang der Reingewinne erkennen; sie zeigen sogar, daß selbst für die an sich schon erheblich verminderten Dividenden, zum Teil die früher angesammelten Reserven in Anspruch genommen werden mußten. So erscheinen weitere Dividendenkürzungen notwendig, wenn nicht die allmähliche Wiederbelebung des Handels die Reingewinne vorher steigert. Es verzeichneten 1310 Aktiengesellschaften für 1920 einen Reingewinn, (nach Abzug der Steuern und Obligationenzinsen) von 140,5 Mill. £, für 1921 dagegen nur noch 117 Mill. £. Diese Gewinne verteilen sich ganz verschieden auf die verschiedenen Erwerbszweige; das zeigt deutlich die folgende Tabelle, die nach den im letzten Quartal 1921 veröffentlichten Geschäftsberichten von 311 Aktiengesellschaften zusammengestellt worden ist.

	Gewinne nach Berichten des letzten Quartals in Mill. £ Anzahl	1920	1921	Zu- oder Abnahme in %	Dividende in % 1920	1921	Überführt an Res.-F. Mill. £
Brauereien	49	2,26	1,95	— 9.7	9.1	10,7	0,56
Hotels u. Restaurants	9	0,45	0.38	— 15.7	10,6	9.5	0.09
Eisen, Stahl, Kohle	22	3,89	1.87	— 52.0	12.0	3.9	0,28
Hypotheken usw.	26	1,77	0.82	— 53 9	9 5	6,3	— 0 22
Automobile	15	0.67	0.49	—175,0	11.7	6,0	—0,83
Nitrate	5	0.20	0,19	— 4,4	14,8	8,8	0,10
Kautschuk usw.	75	1.81	—0,26	—114 5	9,6	1,3	—0.43
Schiffahrt	7	1,74	0,76	— 56,1	11,4	8.3	—0.27
Warenhäuser u. Läden	6	1,35	0.29	— 77,9	11,4	1,3	—0,07
Tee	6	—	0,03	—	6,6	9,1	—
Telegraph usw.	5	3.45	2,34	— 32.1	8 3	8.2	1,24
Textil	6	4,56	2,04	— 55,4	17,8	16,7	—1,05
Trust, Gesellschaften	15	1,27	0 44	— 65,1	9,2	3,2	—0.08
Verschiedenes	65	6,95	3,92	— 43 6	12,4	10.0	— 0,04
	311	30,27	14,27	— 52,9	11.6	7 6	— 0 58

Selbst bei Berücksichtigung der scharfen Preissenkung erscheinen die Gewinnreduktionen von 114 % für Kautschuk und von 175 % für Automobile außerordentlich hoch, die sich allerdings aus der besonders schlechten Geschäftslage, speziell dieser Geschäftszweige, erklären. Abgesehen auch von der verhältnismäßig geringeren Minderung um 9,7 % für Brauereien und von 15,7 % für Hotels und Restaurants ist durchweg etwa nur die Hälfte des vorjährigen Reingewinnes hereingebracht worden. — Hierin liegt, nebenbei bemerkt, eine Hauptursache für das jetzige Defizit im englischen Budget, nämlich in dem Versagen der Excess Profits Duty, die im letzten Vierteljahr nur 2,65 Mill. £ einbrachte bei einem Voranschlag von 120 Mill. £ für das ganze Finanzjahr.

Der Jahresabschluß der Aktienbanken dagegen zeigt nur in abgeschwächtem Maße Beeinträchtigung der Reingewinne. Obwohl die starken Kursverluste der wichtigsten Dividendenpapiere und z. T. auch die Schwankungen der Devisenkurse nicht ohne Einfluß auf die Lage der Banken gewesen sind, so hat doch die Steigerung der festverzinslichen Werte vor allem der britischen Staatsanleihen, deren viele in den Tresors der Banken ruhten, größere Verluste wieder wettgemacht. Die vorjährigen Dividenden konnten aufrecht erhalten bleiben, freilich häufig nur auf Kosten von Abschreibungen.

	Reingewinn in Mill. £ 1919	1920	1921	Dividende in % 1919	1920	1921
Barclay's	2,12	2,93	2,20	A. 10	A. 10	10
Lloyd's	2,88	3 23	2,53	20	16⅔	16⅔
London It. City and Midland	2,60	2,83	2,45	18	18	18
L. C. Western and Parr's	2,45	2,92	2,17	20	20	20
Nat'l. Provionce and Union.	2,26	2,76	—	16	16	16

Die Lage des Arbeitsmarktes gestaltete sich den Verhältnissen der industriellen Unternehmungen entsprechend äußerst ungünstig. Der „New Statesman" meldet, daß die Zahl der Armenunterstützungsempfänger von annähernd 600 000 Ende 1920 auf etwa 1½ Mill. Oktober 1921 gestiegen sei — seitdem Abnahme, vermutlich infolge Regierungsmaßnahmen, auf etwa 900 000. Dementsprechend war auch die Belastung der Trade Unions, die mit der Durchführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung betraut sind, ganz außerordentlich. 154 berichterstattende Trade Unions haben im Rechnungsjahr September 1920/21 etwa 7,5 Mill. £ an Unterstützung für arbeitslose oder halbbeschäftigte Mitglieder aufgewendet, eine Summe, die weit den Vorkriegshöchstsatz von 1 Mill. £ (1908) übertrifft. Sie waren zu diesen ungeheuren Aufwendungen gezwungen, weil die staatliche Arbeitslosenversicherung selbst nur ungenügende Sätze zahlt, und sie konnten sie nur deshalb leisten, weil die streikarmen Kriegsjahre ihnen die Ansammlung größerer Reservefonds ermöglicht hatte.

Zurzeit ist die Lage des Arbeitsmarktes recht uneinheitlich. In einzelnen Industrien zeigt sich langsame Wiederbelebung. So erreichte die Kohlenförderung in der Periode 11.—17. Dez. zum erstenmal seit dem Kohlenstreik wieder 5 Mill. t und die Nachfrage zu Exportzwecken steigert sich — möglicherweise ist dieser Kohlenexport einer der Gründe, die zur Hebung des £-Kurses geführt haben. Die Arbeitslosigkeit ist mithin unter den Kohlenarbeitern etwas zurückgegangen, nach der „Labour Gazette" von November bis Dezember um fast 3000 Arbeiter. Doch stehen dem in anderen Geschäftszweigen weitere Arbeiterentlassungen gegenüber, so in der Baumwollindustrie allein 19 313, so daß im ganzen am Jahresende mit annähernd 2 Mill. Arbeitslosen und Halbbeschäftigten ein sehr ungünstiger Stand erreicht war.

Als Abschluß der rückwirkenden Betrachtungen sei der Bewegungen der Preisniveaus gedacht, die teils sich als Folge der bereits geschilderten Entwicklungen andrer Gebiete der Volkswirtschaft darstellen, teils selbst zurückwirkend starke Einflüsse auf die Wirtschaft ausgeübt haben. Die Indexzahlen des „Economist" weisen eine stetige Abwärtsbewegung sämtlicher Preise auf, unterbrochen nur im August/September durch eine plötzliche und schnell vorübergehende Steigerung der Textilgruppe.

Datum		Getreide und Fleisch	Andere Nahrg.-mittel	Textilien	Mineralien	Versch., wie Kautsch., Öle, Holz	Insgesamt	Veränderung in %
Grundlage	1901/05.	500	300	500	400	500	2200	100,0
Ende Juli	1914.	579	352	616½	464½	553	2565	116,6
„ Dezbr.	„ .	714	414½	509	476	686⅓	2800	127,3
„ „	1915.	897	446	731	711⅓	848⅓	3634	165,1
„ „	1916.	1294	553	1124⅕	894½	1112	4908	223,0
„ „	1917.	1286½	686	1684½	839½	1348⅓	5845	263,2
„ „	1918	1303	782⅕	1805⅓	866	1337	6094	277.0
„ „	1919.	1441½	881½	2442½	1145	1453⅓	7364	334,7
„ März	1920.	1508	914	2974½	1246	1709½	8352	379,6
„ Dez.	„ .	1344	805	1284	1216	1275	5924	269,3
„ Jan.	1921.	1295¼	797	1187	1128½	1209	5617	255,3
„ Febr.	„ .	1176½	771	1038	1053	1137⅓	5167	235,3
„ März	„ .	1212	727	1030	1003	1125	5097	231,7
„ April	„ .	1196	723	1031	936	1043	4929	224,0
„ Mai	„ .	1195	691	996	963	1065	4919	223,2
„ Juni	„ .	1174½	665½	973	973	1023½	9810	218,6
„ Juli	„ .	1165	707½	958½	937	1030	4798	218,1
„ August	„ .	1184	716½	998	920	1000	4819	219,0
„ Septbr.	„ .	1119½	688	1258	871	987½	4924	223.8
„ Oktober	„ .	956	685	1171	816	960	4588	208,5
„ Novbr.	„ .	951	672	1117½	774	943½	4458	202.6
„ Dezbr.	„ .	921½	636	1106	762	931½	4357	198,0

Noch haben die Preise das Vorkriegsniveau nicht wieder erreicht. Fraglich muß aber auch sein, ob ein neuer Aufstieg

wieder von dem Niveau des vorigen Aufstiegs beginnen muß oder ob nicht bereits eher eine Wendung zum Bessern auftreten kann. Die englische Auffassung neigt letzterer Ansicht zu; und wie man stets an besondere Merkmale gern besondere Erwartungen knüpft, so erhofft man, daß der Jahreswechsel 1921/22 den Übergang bringen möge von der Abspannung hinüber zu neuem Leben.

Dr. M. Molch

China

Der Sturm auf die Staatsbanken eine politische Mache?

In Peking, Tientsin, Hankow und Shanghai verbreitete sich anfangs November vorigen Jahres das Gerücht, die beiden chinesischen Staatsbanken „Chinabank (Bank of China)" und „Verkehrsbank (Bank of Communications)" seien wieder in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Dieses Gerücht blieb auch nicht ohne ernste Folgen. Tausende und Abertausende von Notenbesitzern gerieten in Angst und stürmten auf die beiden Banken, um ihr Papiergeld in bares Silber umzutauschen. Besonders lebhaft ging es in Peking zu.

Am 15. 11. begannen in Peking die ersten Leute die Noten der beiden genannten Banken einzulösen; ihre Zahl war jedoch noch nicht übermäßig groß, und die Noten konnten von den Banken ohne weiteres eingelöst werden. Schon am zweiten Tage stieg aber die Zahl der Ängstlichen auf mehrere Tausend, welche die Banken belagerten, so daß diese sich genötigt sahen, ihre Pforten zu schließen und die Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung herbeizurufen. Doch stellten die Banken ihre Zahlungen keineswegs ein und öffneten, als sich die Leute allmählich wieder verlaufen hatten, ihre Tore aufs neue, um die laufenden Geschäfte zu erledigen. Am 20. 11. hatte der Sturm auf die Banken aufgehört. Die Chinabank in Peking hat in diesen Tagen etwa 100 000 $, die Verkehrsbank dort über 600 000 $ ihrer Noten eingelöst. Diese Tatsache wird man richtig würdigen, wenn man erfährt, daß die Chinabank im ganzen etwa 4 000 000 $ und die Verkehrsbank 12 000 000 $ in Noten ausgegeben haben.

Auch in Tientsin und Hankow wurden die beiden Bankfilialen von Notenbesitzern gestürmt. Aber dadurch, daß die einheimischen Kaufleute sofort den Banken zu Hilfe kamen, hatte das Ereignis keine weiteren schlimmen Folgen. Noch günstiger verlief die Sache in Shanghai dank den klugen Maßnahmen von seiten der dortigen Bankdirektoren und dem festen Zusammenhalten der chinesischen Kaufleute, die einen tieferen Einblick in die ganze Sachlage hatten. Sobald die Shanghaier Filialen von dem Pekinger Bankensturm gehört hatten, setzten sie sich mit dem Verband chinesischer Banken in Verbindung. Dieser versprach ihnen die weitgehendste Hilfe. Auch alle Geldwechsler und Kaufleute erklärten sich bereit, jederzeit die Noten der betreffenden Banken einzulösen und an Zahlungsstatt anzunehmen. Dadurch blieben die beiden Filialen und überhaupt der ganze Shanghaier Geldmarkt vor größeren Erschütterungen bewahrt. Schon am 19. 11. konnte die Shanghaier Handelskammer nach allen Orten telegraphieren: „Shanghai ganz ruhig. Finanzinstitute fest zusammengeschlossen. Alles vorbereitet."

Daß diesmal auch die beiden Pekinger Banken die katastrophale Krise überstanden, war ausschließlich der Hilfe von seiten der Kaufleute zu danken. Die beiden Filialen dort konnten nach einer am 18. 11. einberufenen außerordentlichen Sitzung des Verbandes chinesischer Banken mitteilen, sie bedürften keiner staatlichen Hilfe mehr. In dieser Sitzung wurde von den daran beteiligten 20 Banken beschlossen, die beiden Banken sollten aufrechterhalten werden, sämtliche chinesischen Depositen in einer ausländischen Bank sollten zurückgezogen und die nötigen Summen den beiden Banken vorgeschossen werden. Weiter beschloß man, in der nächsten Zeit der Reichsregierung einen Plan über die Vereinheitlichung des Münzwesens und die Regelung der Notenausgabe vorzulegen.

Auch die Zentralregierung hatte dieses Ereignis aufmerksam verfolgt. Sie besaß zwar selber nicht die nötigen flüssigen Mittel, um die beiden Banken in wirksamer Weise unterstützen zu können, aber sie entschloß sich, an die Generalzollverwaltung mit dem Ersuchen heranzutreten, ihr von den noch nicht verpfändeten Zöllen einen Betrag von 6 Mill. Taels vor dem fälligen Termin zu überlassen. Nach langen Verhandlungen der Chinesen mit den Pekinger diplomatischen Vertretern der Entente wurde das Ersuchen des chinesischen Finanzministers genehmigt. Gleichwohl erhielt dieser die bewilligte Summe nicht, da der — englische, aber in chinesischen Diensten stehende — Generalinspektor der Seezollverwaltung, der das Verfügungsrecht über die eingehenden Zölle hat, seine Zustimmung verweigerte. Dabei stützte er sich auf einen Erlaß des Präsidenten der chinesischen Republik vom 3. 3. 21, worin die noch nicht verpfändeten Zölle als Sicherheit für die innere Anleihe vorgesehen waren. Die Bemühungen der chinesischen Regierung waren damit vereitelt.

Die Ursachen, die diesen Banksturm hervorriefen, sind bisher noch nicht völlig aufgeklärt. An Vermutungen hat es nicht gefehlt. So machten die einen die wachsenden inneren Unruhen verantwortlich, die anderen die drohende Finanznot der Zentralregierung. Beide Ursachen sind aber nach der allgemeinen Meinung kaum ausschlaggebend gewesen: innere Unruhen und Finanznöte sind in China ja nichts Neues. Die Berichte der in Schanghai erscheinenden chinesischen Zeitung „Sin wen pao" bringen uns vielmehr auf eine andere Vermutung. Ihr zufolge strebte eine der in China besonders interessierten fremden Mächte (damit kann nur England gemeint sein) mit allen Mitteln danach, eine Kontrolle der chinesischen Finanzen von seiten der fünf Mächte zu errichten. Um nun mit diesem Plan auf der Washingtoner Konferenz leichter durchzudringen, mußte man einen Zusammenbruch der in chinesischen Händen befindlichen Bankinstitute herbeiführen. In der Tat hat anfangs November ein ausländischer Korrespondent überallhin ein Telegramm gesandt, worin davor gewarnt wurde, die Noten der beiden chinesischen Banken als Zahlung anzunehmen, da sie nicht mehr eingelöst würden. Das Telegramm war in offener Sprache abgefaßt und wurde dann auch sofort beschlagnahmt. Zu dieser Erklärung würde auch die andere Tatsache gut passen, daß damals in einer Reihe fremder Zeitungen von der Notwendigkeit einer Finanzkontrolle Chinas gesprochen wurde.

Vor fünf Jahren hat schon einmal ein ähnlicher Bankensturm in China stattgefunden. Damals waren aber die chinesischen Kaufleute nur darauf bedacht, ihre eigenen Kapitalien zu sichern, und hatten sich nicht um die bedrohten Interessen der Allgemeinheit gekümmert. Vergleicht man damit das jetzige Verhalten der chinesischen Handelskreise, so sieht man, wie bei diesen inzwischen das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit dem Ausland gegenüber gewachsen ist. Den 15. 11. 21 darf man mit Recht als einen Markstein in der chinesischen Wirtschaftsgeschichte bezeichnen.

Sui-Lu-Ku (Schanghai)

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Hamburg

	Parität ℳ	11. 1. ℳ		12. 1. ℳ		13. 1. ℳ		14. 1. ℳ		16. 1. ℳ		17. 1. ℳ	
Wien .....100 K neu.	85,–	6,00	7,00	6,00	7,00	6,00	7,00	6,00	7,00	6,00	7,00	6,00	7,00
Budapest ...100 K	85,–	28,50	29,50	28,75	29,50	27,75	30,75	29,00	30,00	29,00	30,00	26,75	28,00
Prag .....100 K	85,–	281,50	293,50	286,50	296,00	299,00	309,00	295,00	301,00	306,00	311,00	310,00	316,00
Amsterdam 100 fl	168,75	6470,00	6592,50	6585,00	6730,00	6955,00	7042,50	6645,00	6717,50	6755,00	6830,00	6850,00	6890,00
Kopenhagen 100 Kr	112,50	3470,00	3565,00	3595,00	3645,00	3760,00	3815,00	3595,00	3642,50	3665,00	3692,50	3705,00	3735,00
Stockholm..100 Kr	112,50	4395 00	4480,00	4470,00	4530,00	4645,00	4730,00	4495,00	4542,50	4545,00	4605,00	4620,00	4640,00
Kristiania ..100 Kr	112,50	2725,00	2755,00	2805,00	2842,50	2945,00	2990,00	2815,00	2850,00	2830,00	2925,00	2905,00	2942,50
Helsingfors .100 FM ..	81,–	323,00	332,00	328 00	340,00	353,00	359,50	338,00	347,00	333,00	347,00	340,50	349,00
Zürich .....100 fr	81,–	3375,00	3445,00	3495,00	3555,00	3650,00	3675,00	3495,00	3550,00	3570,00	3605.00	3610,00	3640,00
Madrid .....100 Pesetas	81,–	2620,00	2690,00	2670 00	2755,00	2795,00	2855,00	2695,00	2755,00	2720,00	2780,00	2745,00	2805,00
Rom .....100 Lire...	81,–	757,50	777,50	767,50	782,50	812,50	832,50	790,00	800,00	802,50	810,50	807,50	820,00
Brüssel ....100 fr	81,–	1390,00	1425,00	1417,50	1452,50	1457,50	1492,50	1425,00	1440,00	1438,00	1457.00	1457,50	1482,50
Paris .....100 fr	81,–	1447,50	1492,50	1467,50	1507,50	1500,00	1547,50	1477,50	1497,50	1507,50	1520,00	1520,00	1535,00
London .... 1 £	20,43	744,50	755,50	757,00	770,50	794,50	805,50	762,00	771,00	775,50	783,00	784,50	790,50
New York .. 1 $	4,20	176,25	178,25	179,25	182,25	188,50	191,25	180,00	182,25	182,75	184,75	185,75	186,75
Buenos Aires 1 Peso P.	0,85	57,00	60,00	61,00	65,00	62,50	67,00	60,50	63,00	60,00	64,00	61,00	63,00
Rio de Janeiro.. 1 Milreis	1,36	21,75	23,75	22,25	24,25	23,00	26,00	22,50	25,00	22,00	25,00	22,25	25,25

	Parität ℳ	Berlin 17. 1. ℳ	Wien 14. 1. K	Amsterd. 17. 1. fl	Kopenh. 17. 1. Kr	Stockh. 17. 1. Kr	Zürich 17. 1. fr	Paris 17. 1. fr	London 17. 1. [1]	New York 16. 1. $
Berlin .....100 ℳ.....	100,–	—	3 797,–	1,45½	2,75	2,20	2,75	6,50	792,50	0,54½
Wien .....100 K neu.	85,–	6,10	.	0,09	.	.	0,16	.	12 000,–*	.
Budapest ..100 K	85,–	27,40	.	.	.	.	0,77½	.	2 550,–*	.
Prag .....100 K	85,–	312,–	11 672,–	.	.	.	8,65	.	257,75*	1,64*
Agram .... 100 Dinare	81,	.	.	.	.	.	1,80	.	300,–*	.
Amsterdam .100 fl	168 75	6865,–	259 950,–	.	184,50	148,–	189,50	446,25	11,49	36,80
Kopenhagen 100 Kr	112 50	3720,–	139 475,–	54,45	.	80,50	103,25	.	21,14*	19,95*
Stockholm .100 Kr	112 50	4625,–	.	67,75	124,65	.	128,25	.	16,95½*	24,90*
Kristiania ..100 Kr	112.50	2900,–	.	42,40	78,30	63,–	80,50	.	27,05*	15,60*
Helsingfors .100 FM. ...	81,–	345,–	.	.	9,50	7,60	.	.	226,–*	.
Zürich .....100 fr	81,–	3625,–	134 875,–	52,85	97,35	78,15	.	236,25	21,77	19,43
Madrid ....100 Pesetas	81,–	2800,–	—	40,75	.	.	77,25	182,25	28,21	15,–
Rom .....100 Lire...	81,–	815,–	29 840,–	11,90	.	.	22,50	53,25	96,62	4,41
Brüssel ....100 fr	81,–	1460,–	.	21,40	39,25	32,–	40,40	95,50	53,85½	7,52
Paris ..... 100 fr	81.–	1527,50	57 380,–	22,37½	41,10	33,10	42,20	.	51,62½	8,21
London .... 1 £	20.43	788,50	29 390,–	11,48¾	21,14	17,–	21,77	51,14	.	4,23⅛
New York .. 1 $	4 20	186,25	6 873,–	2,71¾	5,–	4,05	5,15	12,15½	4,22¼	.
Buenos Aires 1 Peso P.	0,85	62,–	.	.	.	.	172,50	.	.	.

[1]) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländischen Einheiten für 1 £. *) Notierung vom 14. 1.

Rio de Janeiro. 16. 1.: 1 Milr. = 22,22 ℳ
Valparaiso ..... 13. 1.: 1 $ chil. = 15,97 ℳ

Buenos Aires .. 14. 1.: 1 $ oro arg. = 134,– ℳ
Mexico ..... 16. 1.: 1 oro $ = 88,– ℳ

Diskontsätze

Helsingfors .. 9 %	Rom ..... 6 %	Berlin..... 5 %
Tokio ..... 8 „	Madrid..... 6 „	London ..... 5 „
Lissabon .... 7 „	Prag ..... 6 „	Brüssel..... 5 „
Kalkutta .... 7 „	Warschau ... 6 „	NewYork F.R.B. 4½ „
Wien..... 7 „	Bukarest .... 6 „	Amsterdam .... 4½ „
Kristiania ... 6½ „	Kopenhagen . 6 „	Schweiz ..... 4 „
Sofia ..... 6½ „	Paris ..... 5½ „	
Athen ..... 6½ „	Stockholm... 5½ „	

Entwertungs-Zahl*)

		Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Zürich	New York
Deutschland	17. 1.	40,7	33,1	41,1	44,7	44,3
Österreich ..	14. 1.	1312,9	1131,6	.	1416,3	1391,3
Frankreich..	17. 1.	2,14	.	.	2,36	2,34
England	17. 1.	1,05	0,86	1,07	1,15	1,16
Ver. Staaten.	16. 1.	0,92	0,74 [1])	0,93 [1])	1,01	.

*) Die Entwertungszahl gibt an, das Wievielfache des Friedenskurses einer Auslandswährung ihr gegenwärtiger Kurs beträgt.
[1]) Kurs vom 14. 1.

Wertstand in Hundertteilen des Friedensstandes:

	Amsterd. 17. 1.	Kopenh. 17. 1.	Stockh. 17. 1.	Zürich 17. 1.	New York 16. 1.
Reichsmark	2,46	3,09	2,47	2,23	2,29
Dt. österr. Krone .	0,18	.	.	0,15	.
Französ. Frank....	46 61	57,08	40,41	42.20	42,56
Pfund Sterling....	94,86	116,41	93,61	86,32	86,88
Dollar.....	109,14	134,05	108,58	99,42	.

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	Pari	7. 1.	14. 1.
Alexandrien, £:	97½ Pst	97 7/16 Pst.	97 7/16 Pst
Bombay Rup.:	24 d	1 s 3 15/16 d	1 s 3 27/32–28/32 d
Hongkong, $:	—	2 s 7¼–8⅛ d	2 s 7–8 d
Schanghai, Tael:	—	3 s 6½–8 d	3 s 6 d
Singapore, $:	—	2 s 3 7/8 d	2 s 3¾–7/8 d
Yokohama, Yen	24,58 d	2 s 3⅛ d	2 s 2 15/16–3 d
Montev. T. T., $:	51 d	—	41–41½ d
Rio de Jan., Mil.:	27 d	—	7 3/8 d
Buen. Air. T. T.,.$:	47,58 d	43¼ d	43–43¼ d
Valpar. 90 T., £:	13⅛ Pesos	40,20 $	44,00 $
Mexiko, $:	24,58 d	27½ d–29½ d	28¼ d

Neugründungen und Kapitalserhöhungen von A.-G. im Dezember 1921

Namen, Ort	Betrag in 1000 ℳ.	Ausgabekurs in %
Plantagengesellschaften		
Kapitalserhöhungen		
Rhein.-Bornesischer Handels-Verein, Barmen	1246	110
Hochseefischerei		
Kapitalserhöhungen		
Hochseefischerei „Nordstern“ A.-G., Geestemünde.....	1600	250
Hochseefischerei J. Wieting A.-G., Bremerhaven.....	1500	400
Erzbergwerke, Hüttenbetriebe		
Neugründungen		
Oehringen Bergb.-A.-G., Berlin	20000	100

Namen, Ort	Betrag in 1000 M.	Ausgabekurs in %
Kapitalserhöhungen		
A.-G. f. Erzbergbau u. Hüttenbetrieb, Berlin	8000	107
Bergbau-A.-G. Fichtelgold, Brandholz	3400	130
Harkortsche Bergwerke und chem. Fabriken A.-G., Gotha	13200	[1]
HüttenwerkNiederschönweide A.-G.vrm.J.F.Ginsberg,Berl.	6000	130
Julius Sichel & Co., Kommand.-Ges. auf Aktien, Mainz	50000	180
StahlwerkBeckerA. G, Willich	40000	[2]
Tellus, A.-G. für Bergbau und Hüttenindustrie, Frankfurt	10000	120
Kohlenbergbau		
Neugründungen		
Steinkohlenbergwerke Becker A.-G, Krefeld	100000	100
Steinkohlenbergwerk Bergloh A.-G., Wellendorf	2000	100
Unterelbe, Brikettwerk und Kohlenhandels A.-G., Hamb.	15000	125
Kapitalserhöhungen		
Greppiner Werke, Greppin	1500	145
Vereinigte Neumärkische Kohlenwerke A.-G., Zielenzig	3500	100
Torfwerke		
Kapitalserhöhungen		
Bayerntorfwerke A.-G., Burgfarrnbach bei Fürth	6000	151
Dt. Torfveredelgs.-A.-G., Berlin	200	100
Salz-, Kalibergbau, Salpeterwerk		
Kapitalserhöhungen		
Hannoversche Kaliwerke A.-G., Oedersee	8000	[3]
Kaliwerke Neustaßfurt-Friedrichshall A.-G., Sehnde	40500	[4]
Schachtbau- und Tiefbohrgesellschaft		
Kapitalserhöhungen		
Rhein.-Westfälische Schachtbau-A.-G., Essen	1000	[5]
Steine und Erden		
Neugründungen		
Pressurit-A.-G, Hamburg	1000	100
Kapitalserhöhungen		
Deutsch. Edelsteingesellschaft vorm. Herm. Wild, Idar	600	100
Marmor — Basalt — Schieferbrüche		
Kapitalserhöhungen		
Solnhofer Akt.-Verein, Münch.	4000	[6]
Zement-, Kalk-, Gips-, Mörtelwerke usw.		
Neugründungen		
Forto, Deutsche Stahlbeton-Kassen-Werke A.-G., Kiel.	1500	100
Kapitalserhöhungen		
A.-G. Oppelner Portland-Zement-Fabrik vorm. F. W. Grundmann, Oppeln	3000	[7]
Braunschweiger Portland-Zementwerke, Salder	1200	[8]
Breitenburg. Portland-Zement-Fabr., Lägerdorf	8000	[9]
Deutsche Asphalt-A.-G. der Limmer u. Vorwohler Grubenfelder, Hannover	3000	[10]
Rudolf Düren A.-G., Köln	5600	175
Portland-Zement- und Kalkwerke A.-G., Groß Strehlen	2000	100
Portland-Zementfabrik Germania A.-G., Hannover	4000	100
Portland-Zementfabrik Karlstadt a. M. A.-G., Karlstadt	3300	140
Portland-Zementwk. Burglengenfeld A.-G., Burglengenf.	2500	110
Schlesische A.-G. für Portland-Zement, Gröschwitz	7700	155
Schrapplauer Kalkwerke, Schrapplau	400	100
Vorwohler Portland-Zementfabr. Plank & Co., Hannover	2035	[11]
Zementplattenfabrik Bernh. Löhr A.-G., Frankfurt	4000	100
Wunstorfer Portl.-Zementwke. A.-G., Neustadt a. Rabenbach	1500	125
Tonwaren-, Chamottefabriken		
Neugründungen		
Allemannia, Vereinigte Tonwerke A.-G., Berlin	15000	100
Dachziegelwerk Möding A.-G., Schwandorf	2000	150
Kapitalserhöhungen		
Dachziegelwerke Ergoldsbach A.-G., Ergoldsbach	3200	120
Deutsche Tonwaren- und Steingutwerke, Perma	400	105
Niederlausitz. Tonwke., Kalau	1000	100
Steinfabrik Ulm A.-G., Ulm	400	100
Thermosbau-Industrie A.-G., Duisburg	1000	100
Vereinigte Großalmeroder Tonwerke A. G., Großalmerode	4200	110
Ziegeleien		
Neugründungen		
Hammersbecker Ziegelwerke A.-G., Hammersbeck	3500	100
Ziegel- und Chamottewerke A.-G., Cönnern	1000	100
Steingut-, Ofenfabriken, Töpfereien usw.		
Neugründungen		
Steingutf. Amberg A.-G., Ambg.	1500	100
Kapitalserhöhungen		
Rich. Blumenfeld, Velten. Ofenfabr. A.-G., Velten b. Breslau	2800	[12]
Ver. Servaiswke. A.-G., Ehsang	1200	100
Porzellanfabriken		
Neugründungen		
Niedersachsenwerke A.-G., Lamspringe (Alf)	3000	100
Kapitalserhöhungen		
A.-G. Porzellanfabrik Königszelt, Königszelt (Freiburg)	3000	150
Aelteste Volksstedter Porzellanfabrik A.-G., Volksstedt	5000	100
Porzellanfabr. C. M. Hutschenreuther A.-G., Hof	2500	100
Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther A.-G., Selb	1000	200
Porzellanfabrik Rauenstein vorm. Fr. Chr. Greiner & Söhne A.-G., Rauenstein	750	200
Porzellanfabrik Waldsasser, Bareuther & Co., Waldsasser	1250	[13]
Glas- und Spiegelfabriken		
Neugründungen		
A.-G. für Isoliergefäße, Berlin	1600	100
Bayerische Glashütten A.-G. Kanstein, München	2000	100
GlashütteNeuwerkeA.-G., Berl.	10000	100
Kapitalserhöhungen		
A.-G. Champagnerflaschenfabrik vorm. Georg Behringer & Co., Ackern	2000	100
Bartsch, Quilitz & Co. A.-G., Berl.	1500	210
Deutsche Glas- und Spiegelfabriken A. G., Fürth	2200	300
Glasfabr. Alexanderhütte vrm. J. R. Heinz & Sohn A.-G., Alexanderhütte	1600	115
Glashüttenwerk Holzminden A.-G, Holzminden	9900	[14]
Metallverarbeitung		
Neugründungen		
A.-G. für Kamm-, Knopf- und Metallwarenfabr., Leipzig	4500	100
A.-G. für Metall- u. Maschinenindustrie, Sangerhausen	4000	100
Augsburger Walzengußwerke A.-G., Augsburg	1500	100
Bauer & Schausle, Verkaufsst. für Schrauben, Muttern und Kleineisenzeug A. G.	10000	100
Climax-Werke A.-G., Aachen	2500	100
Emaillierwerk A.-G., Fulda	5000	100
Excelsiorwerk, Metallwarenfabrik A.-G., Köln	2000	100
Gowe, Alpacca-Silberwerke A.-G., Auerhammer	4000	100
Hohmann & Kauderer A. G., Pforzheim	2100	100
Industriewerk Germania A.-G., Leipzig	1000	100
Meißner Blech-Industriewerke A.-G., Meißen	2100	100
Niederrhein. Nagel- u. Schmirgelwerke A.-G., Alpen	1100	100
Preß- und Stanzwerk A.-G., Vohwinkel	2000	100
Spezialgießerei und Eber-Vergaser A.-G., Stuttgart	2000	100
Stahlit, A.-G. Metallwarenfabrik, Frankfurt	1200	100
Süddeutsche Schrauben- und Mutternfabrik A.-G.	4000	125
Thürmer & Neumann A.-G., Eisenhoch- u. Brückenb., Leipz.	4200	100
Kapitalserhöhungen		
A.-G. vrm. Spinn & Sohn, Berlin	1020	[15]
Berlin Borsigwalder Metallwk. Löwenberg, Borsigwald	11000	[16]
Berlin-Burger Eisenwerk A.-G., Berlin	30000	175
Bayer. Eggenfabr. A.-G., Feucht	1200	100
Eisenmatthes, Rich. Gust. Matthes A. G., Magdeburg	6000	125
Feilenfabrik v. Sangerhausen, Sangerhausen	200	100
R. Frister A.-G., Berlin	8000	[17]
Hannover. Schrauben- u. Mutternfabrik A.-G., Wunstorf.	3000	[18]
Herzogl. Eisen- und Emaillierwerke A.-G, Brimkenau	4800	100
Kossakwerke, Metallwarenfabrik A.-G., Mellmann	5000	100
Kupfer- und Messingwerke A.-G., Elberfeld	8000	120
Lindener Eisen- und Stahlwerke A.-G., Linden (Hann.)	4000	[19]
Mairich A.-G., Berlin	1000	150
E. F. Ohle's Erben A.-G., Bresl.	1000	152
Reinlicht-Werke A.-G, Münch.	2000	108
Rheinische Stahlwerke, Duisburg-Meider	40000	100
Riebewerk A.-G., Berlin	9700	100
Rotenburger Kaltwalzwerk A.-G., Rotenburg	3000	[20]

V = Vorzugsaktien. [1] 12 Mill. M. zu 150 %, 1 200 000 M. V zu 100 %. [2] 20 Mill. M. zu 150 %, 20 Mill. M. zu 400 %. [3] 6 Mill. M. zu 125 %, 2 Mill. M. zu 150 %. [4] 37 580 000 M. zu 100 %, 2 920 000 M. zu 500 %. [5] 8 Mill. M. zu 150 %, 2 Mill. M. zu 100 % [6] 3 516 000 M zu 110 %, 484 000 M. V zu 105 %. [7] 1 500 000 M. zu 100 %, 1 500 000 M. zu 125 %. [8] 600 000 M. zu 150 %, 600 000 M. V zu 100 %. [9] 4 Mill M. zu 180 %, 4 Mill. M. V zu 100 %. [10] 2 Mill. M. zu 100 %, 1 Mill. M. V zu 100 %. [11] 17 352 000 M. zu 150 %, 300 000 M. zu 100 % [12] 2 390 000 M. zu 150 %, 500 000 M V zu 100 %. [13] 1 Mill M zu 125 %, 250 000 M. V zu 100 %. [14] 7 Mill. M. zu 100 %, 2 900 000 M. zu 108 %. [15] 660 000 M. zu 150 %, 360 000 M zu 100 %. [16] 3 Mill. M. zu 110 %, 8 Mill. M. zu 150 %. [17] 6 Mill. M. zu 180 %, 2 Mill. M. zu 172 %. [18] 2 500 000 M zu 120 %, 500 000 M. V zu 100 %. [19] 2 800 000 M. zu 200 %, 1 200 000 M. V zu 100 %. [20] 1 Mill. M. zu 110 %

Namen, Ort	Betrag in 1000 M.	Ausgabekurs in %
Ver. Riegel- u. Schloßfabriken A.-G., Velbert	1000	100
Westf. Eisen-Drahtwerke A.-G. Werne, Langendrees	13200	21)
Westf. Kupfer- und Messingwerke A.-G. vorm. Casp. Noell, Lüdenscheid	14000	22)
Maschin.- u. Armaturenfabr., Eisengieß. usw.		
Neugründungen		
A.-G. für Gruben-, Eisenbahn- und Postbedarf, Köln	4000	107
A.-G. für Maschinenbau u. Automobilluftfedern, Konstanz	3000	100
Armatur- u. Gießer. Herne vrm. Hensel & Co. A.-G., Herne	2200	100
Austra-Daimler Motoren-A.-G., Berlin	3000	100
Automobilbau-A.-G., Dt. Ges. f. d Lizenz E. Bugatti, Mannh.	12000	100
Behn & Kähler, Maschinen- u. Metallwarenfabrik, Kiel	8000	100
Deutsch-Amerikan. Schmirgelwerke A.-G., Berlin	3750	100
Deutsche Elektromobil- u. Motorenwerke A.-G., Hannover	1000	100
Emswerke A.-G., Maschinen- u. Apparatefabrik, Düsseldorf	2500	23)
Feuerbacher Spiralbohrer- u. Werkzeugfabrik, Feuerbach	3000	100
Hansa, Elektromotorenfabrik A.-G., Hamburg	2000	110
Hugo Hartmann A.-G., Berlin	1500	24)
Huttenlocher, A.-G. f. Maschinen und Apparate, Berlin	6750	100
Aug. Kopfermann A.-G., Dortm.	1000	100
Mahr & Henningsmeyer Maschinenfabrik A.-G.	4000	100
Maschinenfb. Nürlingen A.-G., vorm. Fritz , Nürlingen	2000	130
Maschinenfabrik Salzungen A.-G., Salzungen	1000	100
Maschinenfabrik H. Wilhelmi A.-G., Mulheim	3000	100
Minimax-A.-G. für Süddeutschland, Stuttgart	10000	100
Mitteldeutsche Schmirgelwke. A.-G., Butzbach	1000	100
Otto Nägele, Karosserie und Wagenbau-A.-G., Stuttgart	3000	125
Neue Masch'bau-A.-G., Berlin	600	110
Gebr. Pfeiffer, Barbarossawke. A.-G., Kaiserslautern	6000	100
Rembrandt, Karosseriewerke A.-G., Bremen	15000	100
Spezialwerkhaus wirtschaftl. Maschinen A. G., Aalen	1000	100
Süddeutsch. Elektromotorwk.-A.-G., Gemünd	1500	100
Szwave, Automobil- und Karosseriefabrik A.-G., Berlin	4000	100
Walzlager und Maschinenwerk A.-G., Stuttgart	2500	120
Wandsbeker Maschinenfabrik u. Eisengießerei, Hamburg	4000	100

(Fortsetzung folgt) *Fab. Landau*

2 Mill. M. zu 135 %. 21) 5 600 000 M. zu 125 %, 7 600 000 M. zu 135 %. 22) 8 Mill. M. zu 175 %, 6 Mill. M. V zu 105 %. 22) 1 800 000 M. zu 100 %, 700 000 M. zu 175 %. 24) 1 400 000 M. zu 143 %, 100 000 M. zu 100 %.

Schiffahrt und Schiffbau

Schweden

Beträchtliche Kürzung der seemännischen Löhne in Schweden und Dänemark. In Dänemark und in Schweden sind mit Einverständnis der Vertreter der Seeleute die Offiziers- und Mannschaftslöhne beträchtlich gekürzt worden. In Schweden betrug die Lohnermäßigung im Durchschnitt 38 % und zwar ist die Gage der 1. Ingenieure um 28 %, die der 1. Offiziere um 45 % verringert worden. Bei den Vollmatrosen ist die Heuer um 38 %, bei den Feuerleuten um 43 % und bei dem Verpflegungspersonal um 31 % gekürzt. In Dänemark hat ungefähr die gleiche Kürzung der Raten stattgefunden. A. K.

Frankreich

Eine französische Linie nach Esbjerg. Laut „Neptune" wird von französischen Interessenten die Eröffnung einer Linie zwischen Calais und Esbjerg mit 14täglichen Abfahrten geplant, um einen direkten Güteraustausch Frankreichs mit Danemark zu entwickeln. Man denkt auch daran, Dampfer mit Passagiereinrichtungen in diesen Dienst einzustellen, damit ein Personenverkehr zwischen beiden Ländern möglich wird und Reisende von Frankreich nach den skandinavischen Ländern und umgekehrt nicht genötigt sind, ihren Weg durch Deutschland zu nehmen. A. K.

Italien

Moratorium für den Lloyd Mediterraneo. Dem Lloyd Mediterraneo ist auf Antrag seines Vorstandes jetzt ein Moratorium gewährt worden. Seine finanziellen Schwierigkeiten sind eine Folge des Zusammenbrechens der Banca di Sconto.

Der Lloyd Mediterraneo wurde 1813 mit einem Kapital von 100 Mill. Lire gegründet, zu dem später noch eine Anleihe von 85 Mill. Lire aufgenommen wurde. Mit dem Rückgang der Frachtraten begannen die Schwierigkeiten der Gesellschaft. Dem Aufsichtsrat gehört u. a. der frühere Direktor des Ilva Stahlkonzerns Arturo Luzzatto an, der sich noch wegen seiner angeblich nicht einwandfreien Geschäftsführung bei dieser Gesellschaft vor Gericht zu verantworten hat. Seine Wahl als Abgeordneter wurde kürzlich annulliert. A. K.

Spanien

Spanische Auswanderung 1. Halbjahr 1921. Über spanische Häfen (insbesondere Vigo und La Coruña) sind während des 1. Halbjahres 1921 insgesamt 29 301 Auswanderer nach Übersee gegangen gegen 59 593 im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Davon schifften sich ein:

	1. Halbjahr 1921	1. Halbjahr 1920
Nach Nordamerika	585	5 134
„ Argentinien	13 871	16 447
„ Kuba	12 262	35 000

A. K.

Portugal

Nachteilige Behandlung der fremden Flagge in portugiesischen Häfen. Nach einer Meldung des „Liverpooler Journal of Commerce" hat die portugiesische Regierung trotz des Einspruchs der britischen, französischen und holländischen Linien entschieden, das Navigationsdekret vom 22. 11., das die fremde Flagge in portugiesischen Häfen nachteilig behandelt, bis zum Zusammentritt des neuen Parlaments Ende Januar in Kraft zu lassen. Die Entscheidung wird eine beträchtliche Erhöhung der Frachtraten von portugiesischen Häfen nach sich ziehen, woraus die benachbarten spanischen Häfen Vigo und Cadiz Nutzen haben werden. „Journal of Commerce" fügt hinzu, daß man der Ansicht sei, das Dekret sei auf deutschen Einfluß zurückzuführen und richte sich gegen die englische Schiffahrt. A. K.

Vereinigte Staaten

Amerika auf dem Wege zu direkten Schiffahrtssubsidien. Die Ausarbeitung des Schiffahrtssubsidienprogramms, das Präsident Harding dem Kongreß vorzulegen gedenkt, nimmt mehr Zeit in Anspruch, als anfänglich angenommen war. Als letzter Termin der Fertigstellung des Entwurfes ist vom Präsidenten jetzt der 1. 2. 22 bestimmt worden. Ob diese Frist ausreicht, ist indessen noch fraglich. Zurzeit sind 5 Kommissionen mit den Vorarbeiten beschäftigt. Die erste setzt sich aus Wirtschaftswissenschaftlern und Marinesachverständigen zusammen, die zweite besteht aus Reedern, die dritte aus Schiffbauern, die vierte aus den Reederfunktionären des Schiffahrtsamtes und die fünfte aus den leitenden Männern der Emergency Fleet Corporation. Auch die Arbeiterführer sollen vor der endgültigen Aufstellung des Programms gehört werden. Von den genannten fünf Kommissionen hatte bis Ende des letzten Jahres erst eine einzige einen vorläufigen Bericht, in dem sie ihre Vorschläge niederlegt, fertiggestellt. Dieser Bericht hat verfrüht seinen Weg in die Presse gefunden und zu der irrtümlichen Auffassung Anlaß gegeben, daß es sich um den aus der Arbeit sämtlicher Kommissionen hervorgegangenen Entwurf handle. Chairman Lasker vom Schiffahrtsamt stellte demgegenüber fest, daß die veröffentlichten Vorschläge bisher weder Gegenstand der Beratungen des Schiffahrtsamtes gewesen seien, noch den übrigen Kommissionen zur Kritik vorgelegen hätten. Sie seien lediglich als Anregungen einer der an den Vorarbeiten beteiligten Gruppen aufzufassen. Hat demnach der Bericht keinen amtlichen Charakter und enthält er, wie Lasker ausdrücklich erklärt, manchen Vorschlag, der nicht die Billigung des Schiffahrtsamtes und der übrigen interessierten Gruppen finden wird, so ist er doch bezeichnend für die umfassende und entschiedene Art, mit der man an das Problem, die amerikanische Schiffahrt durch Gewährung von direkten und indirekten Subsidien lebensfähig zu erhalten, heranzugehen beabsichtigt.

Seine hauptsächlichsten Vorschläge mögen deshalb hier kurz wiedergegeben werden.

Der Bericht empfiehlt sowohl direkte wie indirekte Subsidien. Der jährliche Betrag der erforderlichen direkten Zuwendungen wird mit 34 Mill. $ angenommen. Davon sollen 30 Mill. $ durch Einbehalten von 10 % der Zölle auf Importgüter aufgebracht werden, während 4 Mill. $ aus den von fremden und heimischen Schiffen in amerikanischen Häfen erhobenen Tonnage-Taxes fließen sollen.

Diese Subsidien, die den Nachteil der höheren Bau- und Betriebskosten der amerikanischen Schiffe ausgleichen und die amerikanische Schiffahrt den fremden Flaggen gegenüber wettbewerbsfähig machen sollen, könnten verteilt werden a) nach Maßgabe des Unterschiedes in den Besatzungskosten der amerikanischen und fremden Schiffe, b) auf der Grundlage des Bruttoraumgehalts der Schiffe (es wird die Gewährung von 2,50 $ je Br. R. T. empfohlen, was Aufwendungen im Gesamtbetrage von etwa 25 Mill. $ ausmachen würde), c) auf der Grundlage einer Kombination aus Schnelligkeit, Raumgehalt und zurückgelegter Fahrtstrecke der Schiffe. Als weitere unmittelbare Zuwendungen werden Postsubventionen in Höhe von 8 Mill. $ jährlich vorgeschlagen.

An indirekten Unterstützungen werden empfohlen: 1. Verkauf der Regierungsschiffe zu Weltmarktspreisen. 2. Erhöhung des von der Jones Act vorgesehenen „construction loan fund" auf 100 Mill. $. Der Fonds soll zur Gewährung von Hypotheken auf amerikanische Schiffe oder von Betriebskapital für amerikanische Reedereien zu niedrigem Zinsfuß dienen. 3. Gewährung eines Einkommensteuernachlasses an amerikanische Verlader im Umfange eines gewissen Prozentsatzes der Fracht, die sie an Schiffe amerikanischer Flagge zahlen, sowie Gewährung eines größeren Steuerabzuges für Abschreibung auf die Schiffe. 4. Schaffung eines staatlichen Versicherungsinstituts mit 10 Mill. $ Kapital, das amerikanische Schiffe und Ladungen zu niedrigen Raten versichert. 5. Regelung der Einwanderung derart, daß 50 % der Einwanderer amerikanische Schiffe zur Überfahrt benutzen müssen. 6. Zulassung der fremden Schiffe zu amerikanischen Häfen nur auf Grund eines Lizenzsystems. 7. Revision der Seemannsgesetze. 8. Eisenbahnvorzugsfrachtsätze für Export- und Importgüter, die auf amerikanischen Schiffen befördert werden. 9. Staatliche Zuwendungen an Offiziere und Mannschaften der Handelsschiffe, soweit sie als Marinereserven eingetragen sind.

Was von diesen Vorschlägen schließlich die Zustimmung der an der Ausarbeitung des Entwurfes beteiligten anderen Kommissionen sowie die Genehmigung des Schiffahrtsamtes erhalten wird, bleibt abzuwarten. Die Forderung, daß wenigstens 50 % aller Auswanderer amerikanische Schiffe benutzen müssen, findet bei den amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften begreiflicherweise Beifall, man verkennt indessen auch hier nicht die großen Schwierigkeiten, die die Durchführung einer solchen Bestimmung mit sich bringen würde. Das jetzige Einwanderungsgesetz kann in dieser Beziehung als abschreckendes Beispiel dienen.

Lasker hat verschiedentlich erklärt, daß er, nachdem die Kommissionsarbeit beendet und der Entwurf fertiggestellt sei, diesen vor der Weitergabe an den Präsidenten mit dem Merchant Marine Joint Committee durchberaten würde, das auf Anregung der Regierung aus Vertretern der Reeder, Schiffbauer und Shipping Board Operators gebildet worden ist. Die besonderen Wünsche und Vorschläge der Reeder sind diesem Joint Committee kürzlich in einer Denkschrift der American Steamship Owners Association unterbreitet worden, in der u. a. folgendes gefordert wird:

Die Regierungsschiffe sollen nach unparteiischer Abschätzung zu einem Preise nicht über 35 $ pro t dw verkauft werden. Amerikaner sollen als Käufer den Vorzug haben. Der Käufer eines Regierungsschiffes muß sicher sein, daß er das Schiff in jedem beliebigen Dienst verwenden kann und nicht der Konkurrenz staatlicher Schiffe ausgesetzt ist.

Die stählernen und hölzernen Schiffe des Shipping Board, die sich als unverkäuflich erweisen, sollen abgewrackt werden.

Die während oder nach dem Kriege für Regierungsschiffe von gewissen Reedereien gezahlten hohen Kaufpreise sollen nachträglich revidiert und herabgesetzt werden. Ebenso sollen die hohen Preise, die während oder nach dem Kriege von Privatreedern für neugebaute oder gekaufte Schiffe gezahlt worden sind, dadurch ausgeglichen werden, daß den Eigentümern Steuererlaß zum Zwecke der Abschreibung gewährt wird.

Das Schiffahrtsamt möge die Vercharterung seiner Schiffe, gleichgültig in welcher Form, einstellen, da daraus einmal den Reedereien eine drückende Konkurrenz entsteht und zweitens neuen Reedereiunternehmen die Möglichkeit geboten wird, in die Verkehrsgebiete der älteren bewährten Reedereien einzudringen.

Die Schiffahrtsgesetzgebung soll revidiert werden. Die Bestimmung der Jones Act (Section 7), daß das Schiffahrtsamt regelmäßige Linien, die im Interesse des amerikanischen Überseehandels erwünscht sind, einzurichten hat, ist durchzuführen. Das Amt soll jedoch verpflichtet sein, seine Schiffe zurückzuziehen, sobald eine Privatreederei ihre Bereitwilligkeit zur Übernahme des Dienstes erklärt.

Die weitere Bestimmung der Jones Act (Section 28), die Präferential-Eisenbahnraten für in amerikanischen Schiffen beförderte Güter vorsieht, wird von den Reedern gebilligt. Diese Vorzugsraten sollen möglichst so festgesetzt werden, daß sie einen gerechten Ausgleich zwischen den verschiedenen Häfen und Verkehrsbezirken herstellen.

Im Überseeverkehr tätige amerikanische Schiffe sind von der Zahlung der Excess profit taxes zu befreien.

Durch Gründung einer Naval-Reserve, der Offiziere und Mannschaften beitreten, soll eine teilweise Bezahlung der Besatzungen durch die Regierung herbeigeführt werden. A. K.

Sonstiges

Vorläufige Ziffern des Weltschiffbaues 1921. „Glasgow Herald" pflegt alljährlich in seiner Spezialnummer am Schlusse des Jahres die vorläufigen Ziffern des Weltschiffbaues zu veröffentlichen, denen erst später die von „Lloyds Register" gegebenen endgültigen Ziffern folgen. In der folgenden Übersicht sind die Angaben des Blattes über das Jahr 1921 denen des Vorjahres gegenübergestellt:

	1921		1920	
	Schiffe	t	Schiffe	t
Großbritannien	804	1 596 272	1169	2 140 928
Britische Kolonien	181	153 490	307	287 493
Britisches Reich	985	1 749 762	1476	2 428 421
Vereinigte Staaten	292	1 303 735	698	2 713 067
Deutschland	241	622 762	76	204 041
Japan	119	424 284	242	597 048
Holland	292	292 586	241	263 056
Frankreich	119	223 974	171	101 845
Italien	62	205 594	43	158 050
Dänemark	48	84 563	76	88 305
Schweden	34	68 746	38	59 672
Norwegen	48	66 692	73	65 059
Spanien	34	57 946	50	82 939
China	29	28 558	29	54 268
Belgien	41	13 954	19	9 131
Andere Länder	58	46 337	42	31 982
Zusammen	2402	5 189 493	3274	6 947 184

Das Bauergebnis ist also um 1¾ Millionen Br. R. T. hinter dem des Jahres 1920 zurückgeblieben. Am stärksten hat sich die Bautätigkeit der Vereinigten Staaten verringert, die nur die Hälfte ihres vorjährigen Bauresultates zu verzeichnen haben. Großbritanniens Schiffbau weist einen Rückgang von ½ Mill. Br. R. T. oder ca. 25 % des vorjährigen Bauergebnisses auf. Deutschland steht mit 623 000 Br. R. T. oder dem Dreifachen des vorjährigen Resultats an dritter Stelle unter den Schiffbauländern; es zeigt von allen, die im letzten Jahre mehr als im Jahre 1920 bauten, die größte Zunahme an fertiggestellter Tonnage. Ob die angegebenen Ziffern richtig sind, läßt sich in Ermangelung zuverlässiger deutscher Statistiken nicht nachprüfen. Außer Deutschland haben insbesondere Holland, Frankreich und Italien größere Bauergebnisse als im Vorjahre gehabt.

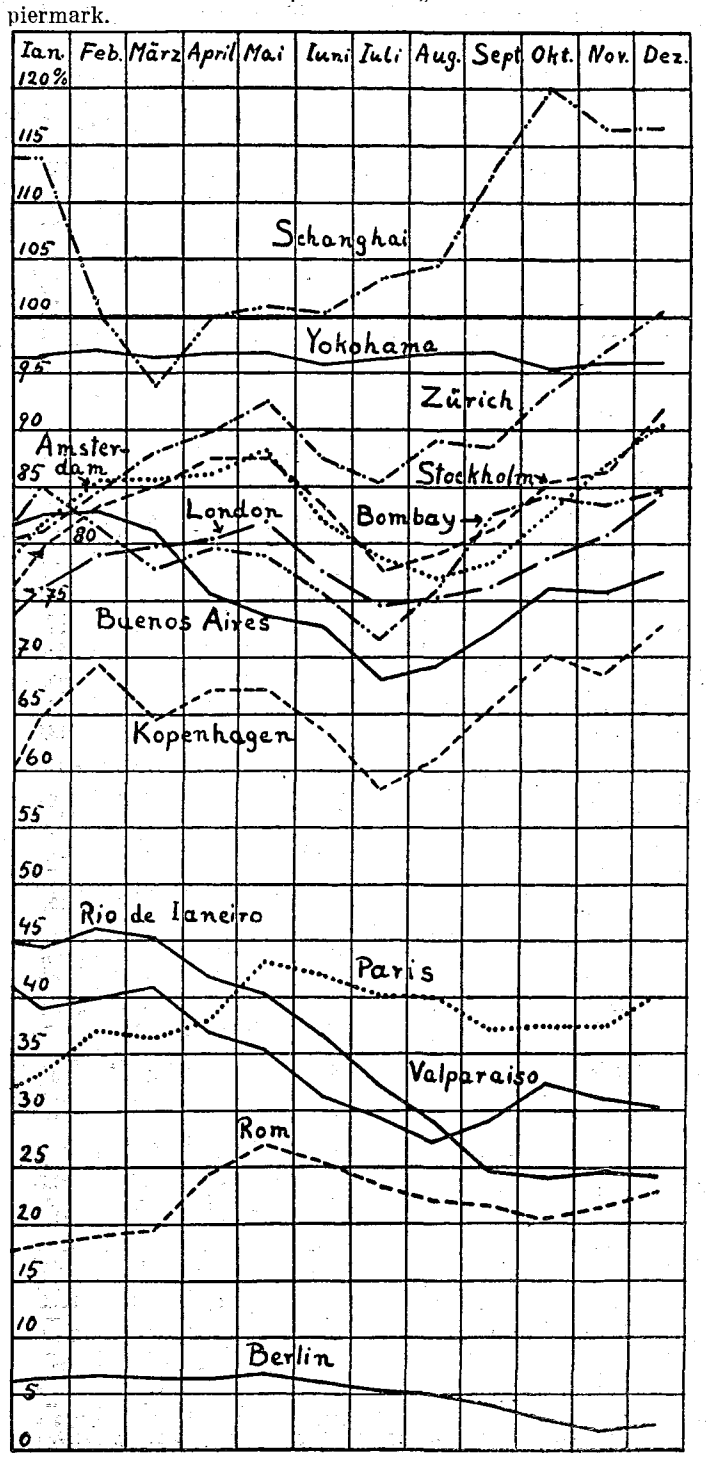
Die Schiffbauresultate der britischen Kolonien stellen sich im einzelnen wie folgt:

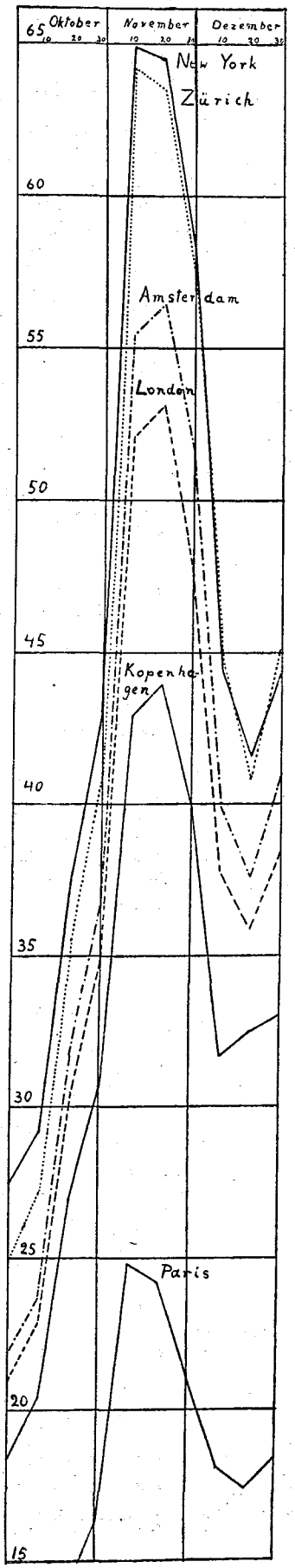
	1921		1920
	Schiffe	Br. R. T.	Br R. T.
Kanada	38	84 183	217 224
Hongkong	20	38 575	21 253
Australien	7	15 790	28 631
Indien	80	11 491	15 972
Neufundland	7	1 952	3 060
Straits-Settlements	28	998	805
Bahamas	1	501	187
Neuseeland	—	—	361
Zusammen	181	153 490	287 493

A. K.

Wirtschafts-Kurven

Das erste Bild zeigt den Kursstand der wichtigsten europäischen und überseeischen Valuten in New York, ausgedrückt in Hundertteilen des Vorkriegsstandes. Mit Ausnahme von Valparaiso und Rio weisen alle Valuten im Dezember Steigerungen gegen den Vormonat, verglichen mit dem Dollar, auf. London ist jetzt nur noch 15 % von der Münzparität entfernt, Zürich hat sie überschritten, Amsterdam erreicht 90 % der Münzparität, Paris 40 %. — Das zweite Bild gibt nach den Berliner Notierungen an, wie stark die Mark im Vergleich mit den fremden Valuten entwertet ist; es zeigt, daß der Sturz der Devisen in kaum verminderter Stärke bis etwa um die Mitte des Dezember angedauert hat, um dann einer geringen Erhöhung zu weichen. Am Ende des Jahres entspricht eine „Goldmark" etwa 45 Papiermark.





Einfuhr Übersee nach Hamburg. Gemäß den Ladungsverzeichnissen sind im Monat Dezember 1921 unter andern folgende Mengen der wichtigsten Waren hier angekommen:

Vorkommende Abkürzungen: Bll. = Ballen Blk. = Balken. Bd. = Bund. Brr. = Barren. Bshl. = Bushels. dz = Doppelzentner = 100 kg. Eim. = Eimer. Fss. = Fässer. Frk. = Firkins. Gall. = Gallonen. Ing. = Ingots. K. = Kisten. kg = Kilogramm. Kll. = Kolli. Krb. = Körbe. o. n B. = ohne nähere Bezeichnung. P. = Pack. Pl. = Platten. Qrt. = Quarter. Sck. = Säcke. Ser. = Seronen. St. = Stück. Stg = Stangen. t = Tonnen = 1000 kg. Trc. = Tierces. Trm. = Trommeln. Tsch. = Tschelwert. Tb. = Tubs

Albumin	Kll.	347	Felle Kalb-	P.	6553	Holz, Teak-	Blk.	1310	Milch (kondens.)	K.	9400	Sardinen	K.	5351
Aluminium	Kll.	323	„ Schaf-	P.	426	„ Zedern-	Kll.	15 6	Milch (sterilis.)	K.	26460	Schmalz	1/1 Fss.	2490
Antimon	Kll.	2429	Fett (o. n. B.)	Fss.	5627	Holzmasse	Bll.	16764	Milchpulver	Kll.	2381	„	1/2 Fss.	10567
Apfelsinen	K.	47347	„ Speise-	K.	660	Honig	Kll.	247	Myrabolanen	Bt.	58744	„	Frk.	1850
Aprikosenkern	Kll.	2831	„ Vegetabil	Fss.	3384	Hörner	St.	33978	Nelkenstengel	Kll.	7780	„	K.	11657
Asbest	Bll.	5502	Fische kons.	K.	15309	Jute	Bll.	91336	Nüsse (o. n. B.)	Kll.	2916	Schwefel	Kll.	14398
Baumwolle	Bll.	24322	Fleisch (o. n. B.)	Kll.	7180	Kaffee	Sck.	46086	„ Hasel-	Sck.	7196	Speck	Kll.	863
Baumw.-Abf.	Bll.	15951	„ konserv.	K.	18853	Kakao	Sck.	76778	Öl (sonstiges)	Fss.	17692	Spirituosen	Fss.	3079
„ saatkuch.	Kll.	5870	„ Corned Beef	K.	1051	Kakaopulver	K.	1392	„ „	t	3300	Stärke (o n. B.)	Sck.	6112
Blei	Kll.	41711	Garn (versch.)	Bll.	19188	Kämmlinge	Bll.	1619	„ Holz-	Fss.	3410	Steinnüsse	Sck.	4873
Bohnen	Sck.	5868	„ Kokos Dholles		29645	Käse	Kll.	4067	„ Schmier-	Fss.	15214	Stuhlrohr	Bll.	19025
„ Soja-	Sck.	38192	Gerbextrakt	Kll.	4366	Kaseïn	Kll.	3164	„ „	t	18123	Tabak	Bll.	56310
Borsten	K.	956	Gerste	dz	23240	Kleie (o. n. B.)	Sck.	90550	Ölkuch. (o. n. B.)	Bll.	21816	„	Ser.	16786
Butter	Kll.	36488	Glukose	Kll.	4250	Kopra	Sck	281431	Palmkerne	Sck.	45635	Talg	Kll.	4808
Därme	Kll.	3493	Gummi	Kll.	16525	Koprakuchen	Bll.	50518	„ „	t	736	Tee	1/1 K.	5957
Divi Divi	Sck.	6154	Haare (o. n. B.)	Kll.	2876	Korken	Sck.	8707	Perlmuttersch.	Kll.	2739	„	1/2 K.	1607
Eigelb, getr.	Kll.	3543	„ Roß-	Kll.	179	Kupfer	Brr.	42004	Pfeffer	Sck.	7589	Tran	Fss.	2292
Eisen	Kll.	3225	Hanf	Ball.	11641	„	Kll.	56433	Pflaum., getr.	K.	11039	Wachs	Kll.	6694
„	t	3283	Harz	Kll.	5952	„ Draht	Kll.	34110	Reis	Sck.	149143	Wein	Fss.	1890
Erdnüsse	Sck.	64821	Häute	Bd.	10920	Mais	dz.	121162	„ Abfall	Sck.	26977	„	K.	805
Erdnußkuchen	Kll.	16403	„	St.	162466	„	Bshl	588001	Reisbruch	Sck.	14516	Weizen	Bshl.	129838
Erz (o. n. B.)	Kll.	6273	„ gesalzene	Bd.	10197	„	Sck.	132039	Rinde (o. n. B.)	P.	31699	„	dz.	18357
„ „ „ „	t	6249	„ „	St.	118973	Mandeln	Kll.	1875	Roggen	dz.	1019	Wolle	Bll.	33672
„ Blei-	Sck.	5410	„ Roß- ges.	St.	9522	Mehl (o. n. B.)	Sck.	173233	„	Bshl.	116040	Wollabfall	Bll.	438
„ Wolfram-	Sck.	10396	Heringe	Kll.	5248	„ Roggen-	Sck.	6520	Rosinen	Kll.	26045	Zellulose	Bll.	12260
Fasern (o. n. B.)	Bll.	4052	„ frische	K.	5230	„ Weizen-	Sck.	35632	Saat (sonstig.)	Sck.	15680	Zinn	Kll.	12287
Federn, Bett-	Bll.	560	„ „	dz.	4980	Messing	Kll.	10559	Saat, Lein-	Sck.	68508	Zitronen	K.	12053
Feigen	Kll.	7601	Holz (o. n. B.)	St.	17510	„ Abfall-	Kll.	43895	„ Senf-	Sck.	1772	Zucker	Kll.	3987
Felle (o. n. B.)	P.	3338	„ Fichten-	St.	8993									

Fab. Landau

Weltmarktpreise

Ware	Börse	Handelsübliche Form	Ende 1913				2. 12. 1921			6. 1. 1922		
			Notierung	a	ab	Preis in M Friedensparit.	Notierung	Preis in M Friedensparit.	Preis in M Kurswert	Notierung	Preis in M Friedensparit.	Preis in M. Kurswert
Kolonialwaren						je kg		je kg	je kg		je kg	je kg
Kaffee	Hamburg	Santos M. je kg	0,51	—	—	—	56–60	—	—	45-47	—	—
„	Santos	Standard Nr. 4 Rs je 10 kg	58000	0,1	0,222	1,11	161800	3,73	45,36	168700	3,7	37,99
„	New York	Rio Nr. 7 loko cts je lb	9,—	2,22	0,0888	0,80	9 1/16	0,81	24	9 1/8	0,81	38,16
„	Amsterdam	Santos fl je 100 kg	?	0,01	0,0168	?	29	0,48	22,69	29 1/4	0,50	20,38
Tee	London	Ceylon, Pekko, Souch. s je lb	—/8 1/2	2,22	2,27	1,51	—/10 3/4	2,09	89,00	—/11 1/2	2,18	58,09
Kakao	Hamburg	Accra fair M. je 50 kg	60,—	—	—	—	2440	—	—	1710	—	—
„	London	Trinidad s je cwt	68/0-70/9	0,02	0,02	1,40	52–60	1,12	48,83	50-60	1,10	43,45
Zucker	New York	Centrifugals cts je lb	3,12	2,22	0,0888	0,28	4 11	0,36	19,87	3,39-3,48	0,31	14,40
Reis	Hamburg	Burma loko M. je kg	0,25	—	—	—	18 25 25,11)	—	—	12,—	—	—
„	London	Burma Nr. 2 s je cwt	7/7 1/2	0,02	0,02	0,15	19-19/6	0,39	17,01	15/6	0,31	12,25
Getreide						je 100 kg		je 100 kg	je 100 kg		je 100 kg	je 100 kg
Weizen	Berlin	M. je 50 kg	etwa 20,50	—	—	—	375-385	—	—	382 385	—	—
„	Buenos Aires	fob $ je 100 kg	8,10	1	4,05	32,81	12,5	50 62	878,12	11,40	46,17	712,—
„	New York	Hardwinter cts je bush. (60 lbs)	100 1/2	3,7	0,148	15	128 1/4	19	1037	122 1/2	18,13	852,—
Mais	Buenos Aires	fob $ je 100 kg	5,15	1	4,05	20,85	8,—	32,40	562	7,45	30,17	465,—
„	Chicago	cts je bush. (56 lbs)	68 1/2	3,97	0,159	10,9	487/8	7,75	421,93	53 1/4	8,47	397,—
„	Berlin	Greifb ab Hamburg M. je 50 kg	ca. 7.50	—	—	—	—	—	—	304	—	—
Hafer	Buenos Aires	fob $ je 47 kg	5,55	2,13	8,63	47,82	8,30	71,5	1210,5	8,05	69,47	1071,—
Leinsaat	Buenos Aires	fob $ je 100 kg	11,60	1	4,05	46,90	17,75	71,89	1216	17,45	70,67	1090,—
Oele, Oelfrüchte						je 1000 kg		je 1000 kg	je 1000 kg		je 1000 kg	je 1000 kg
Palmöl	London	Lagos £ je ton	36	0,984	20,07	722,5	36,15	725,53	31036	38,5-38,10	762,—	29539,—
Kokosöl	London	Crude £ je ton	48	0,984	20,07	963,36	47-57	1043,6	44,44	40-55	1003,	38868,—
Kopra	London	Ceylon cif £ je ton	32,26	0,984	20,07	644,6	28	561,96	24039	25,15	516,80	20017,—
Leinöl	Amsterdam	Schwimmend fl je 100 kg	26 1/2	10	16,8	445	34 1/2	579,60	26996	35	588,—	23975,—
Raps	Berlin	Frei Station M. je 50 kg	?	—	—	?	600-630 (9.12)	—	—	630-640	—	—
Fleisch, Fette						je 100 kg		je 100 kg	je 100 kg		je 100 kg	je 100 kg
Schmalz	Chicago	$ je 100 lbs	10,67	2,22	9,33	93,5	8,45	78,8	4084	8,75	81,64	3661,61
Schweinefl.	Chicago	„ „	20,20	2,22	9,33	188,4	15,25	142,28	7372	15,07	140,6	6306,—
Talg	New York	„ „	6,88	2,22	9,33	64,2	6 1/8	58,31	3021	6,25	58,3	2615,4
Häute, Felle, Leder						je kg		je kg	je kg		je kg	je kg
Rindshäute	Deutschland	M. je 1/2 kg	0,60-0,70	—	—	—	19-28,75	—	—	15,70-21,—	—	—
Rohhäute	London	Ox 70 lbs d je lb	6 1/2-6 3/8	2,22	0,18	1,15	17 5/8	1,88	85,71	8 3/8	1,57	63,94
Sohlleder	Deutschland	M. je kg	2,80	—	—	—	140-175	—	—	100 125	—	—
Leder	London	Dressing hides s je lb	1/4-1/8	2,22	2,27	3,40	1/9—2/6	4,53	193,6	1/9-2/3	4,54	175,38
Faserstoffe						je kg		je kg	je kg		je kg	je kg
Baumwolle	New York	Middl. cts je lb	12,60	2,22	0,0888	1,12	17,25	1,53	83,38	18,32	1,6	76,46
„	Liverpool	Am. good middl. d je lb	6,68	2,22	0,18	1,18	10,64	0,94	85,86	10,89	1,96	79,58
„	Liverpool	Ägypter d je lb	9,63	2,22	0,18	1,71	18,35	1,6	118	19,55	1,73	142,86
„	Bremen	Am. fully middl. loko. M. je kg	1,29	—	—	—	91,50	—	—	85,40	—	—
Wolle	London	Austr. sc. Merino sup. s je lb	2/11 1/2	2,22	2,27	4,72	2/10	6,40	274,07	2/10	6,42	248,16
„	Bremen	Cap M. je kg	2,10	—	—	—	165	—	—	170	—	—
Jute	London	First marks £ je ton	35,10	0,984	20,07	712,48 (10 0 kg)	30	602,10 (1000 kg)	25756 (1000 kg)	26,15 27,5	541,89 (1000 kg)	20988,— (1000 kg)
Seide	Deutschland	Rohseide Organzin 20/22 M. je kg	42	—	—	—	5500	—	—	6000	—	—
Hanf	London	Manila fair £ je ton	26,15	0,984	20,07	536,87 (1000 kg)	38	762,6 (1000 kg)	98934 (1000 kg)	38	762,6 (1000 kg)	29539,— (1000 kg)

Ware	Börse	Handelsübliche Form	Ende 1913 Notierung	a	ab	Preis in M Friedensparit.	2. 12. 1921 Notierung	Preis in M Friedensparit.	Preis in M Kurswert	6. 1. 1922 Notierung	Preis in M Friedensparit.	Preis in M. Kurswert
Kautschuk, Terpentin, Lack												
Kautschuk	London	Hard Para ..... s je lb	3 11½	2,22	2,27	6,98	—/11⅝	2,26	96,8	—/10⅞	2,02	74 5
„	London	First Crepe ..... s je lb	2 3	2,22	2,27	5,1	1/2½	2 64	113 31	1/1¾	2,58	99,96
Terpentin	New York	cts je winch. gall.	45,75	0,22	0,0088	0,40 (1)	80	0,70 (1)	38,3 (1)	89	0,78 (1)	36,81 (1)
„	London	Loko ..... s je cwt	32	0,02	0,02	0,64	69	1,38	66,2	71/6	1,43	56,49
Schellack	London	T. N. Orange ..... s je cwt	84-85	0,02	0,02	1,69	340	6,80	296,6	325	6,50	256,75
„	Hamburg	T. N. Orange ..... M. je kg	?	—	—	—	290	—	—	300	—	—
Mineralische Erzeugnisse, Metalle						je 1000 kg		je 1000 kg	je 1000 kg		je 1000 kg	je 1000 kg
Salpeter	London	f. b Chile ..... s je quintal	10 9	21,73	22,16	2,38	10/4	228,64	9779	10/4	228,64	8866,6
Petroleum	New York	Raf. in cases, cts je Gallone	11,25	0,22	0,0088	0,1 (1)	18,50	0,16 (1)	8,92 (1)	18,50	0,16 (1)	2,90 (1)
Kohlen	Newcastle	Steam b st ..... s je ton	17/6	0,984	1,003	17,58	25	26	1073	25/—28/—	27	1049,4
Eisen	England	Scotch pig. warr. s je ton	56	0,984	1,003	56,20	106	107	4350	106	106,3	4120
„	Deutschland	Rohblöcke	82,50	—	—	—	3300 Nov.	—	—	—	—	—
Kupfer	London	Stand. Kasse ..... £ je ton	65⅛	0,984	20,07	1306,9	67	1344,69	57522	65⅛	1316,9	51 010,3
„	Berlin	Raff. loko ..... M. je 100 kg	130	—	—	—	5300	—	—	5400 5450	—	—
Blei	London	Engl. Kasse ..... £ je ton	18¼	0,984	20,07	366,2	25¼	406,42	21678	24½-⅝	491,7	19045
„	Berlin	Loko ..... M. je 100 kg	34 35	—	—	—	2200	—	—	2000-2150	—	—
Zink	London	£ je ton	21½	0,984	20,07	431,5	26¼	536,89	22965	27⅜	549,5	21284
„	Berlin	Roh ..... M. je 100 kg	46,—	—	—	—	2200	—	—	2000 2150	—	—
Zinn	London	Straits Kasse ..... £ je ton	169½	0,984	20,07	3401,8	163⅜	3306	141444	167⅞	3369	130503
„	Berlin Hamburg	Banca Straits, Biliton M. je 100 kg	427,40	—	—	—	13 800	—	—	13 400-13 600	—	—
Nickel	Berlin/Hamburg	Rein 98/99 loko .. M. je 100 kg	320	0,984	20,07	—	11 800	—	—	11 800-12 000	—	—
						je g		je g	je g		je g	je g
Silber	London	d je oz 925:1000	26⅜16	0,032	0,0026	0,069	37½	0,097	4,397	34⅞	0,09	3,67
„	Berlin	900 fein ..... M. je kg	81,55	—	—	—	3125	—	—	3575 3625	—	—
Gold	London	Fein ..... s je oz	ca 84 10	0,032	0,0326	2,791	101,3	3,333	142,555	97/11	3,19	123,75
„	Berlin	900 fein ..... M. je kg	2790	—	—	—	130 000	—	—	131 000	—	—
Platin	London	s je oz	?	0,032	0,0326	—	400	13,04	558,4	400	13,04	505,6
„	Berlin	M. je g	?	—	—	—	390	—	—	440	—	—

Umrechnung: Preis in Friedensparität = Notierung × Faktor **ab**. Preis in M. Kurswert = Notierung × Wechselkurs × Faktor **a**.

Der Faktor **a** gibt das Gewichtsverhältnis an, d. h. die Zahl mit der man die handelsübliche Menge multiplizieren muß, um metrische Einheiten zu erhalten.

Der Faktor **ab** gibt die Werteinheit nach Friedensparität an, d. h. die Zahl mit der man die Notierung multiplizieren muß, um den Preis nach metrischen Einheiten und in M. Friedenswert zu erhalten.

Vermischtes

Rohkapok-Marktbericht. Herr Direktor Cantzler, Potsdam, schreibt uns:

Die Rohkapok-Statistik des Amsterdamer Marktes per 31. 12. zeigt die erfreuliche Tendenz, daß sich wieder verkaufsfähige Vorräte angesammelt haben. Die Jahresanfuhr betrug zusammen zuzüglich eines restlichen Vorrates aus dem Vorjahre 96 879 Packen. Der Verkauf wurde auf 90 864 Ballen festgesetzt, so daß sich der in das neue Jahr hinüberzunehmende Vorrat auf 6015 Packen stellt. Der Preis wird für gereinigte Ware mit 60—62 und für völlig ungereinigte Javaware mit Körnern und Unreinlichkeiten mit 19—20 ct je ½ kg ab Amsterdam notiert. Die große Nachfrage in Rohmaterial um die Weihnachtszeit herum konnte diesmal des hohen Kurses wegen von deutscher Seite aus in Javakapok nicht befriedigt werden. Es war jedoch gelungen, Akund und sonstige britisch-indische Ware an den deutschen Markt zu bringen und begnügten sich die Verbraucherkreise fast durchweg mit dieser Provenienz. Auch französischer Kolonialkapok kam zum Angebot und wurde gekauft. Der Durchschnittspreis für letzteren betrug etwa 4—4½ franz. fr, der Preis für Akund und britisch-indischen Kapok belief sich auf etwa 6—7 d. Noch immer steigt nicht nur der Weltmarktsbedarf insgesamt an, sondern auch das europäische Geschäft in Rohkapok nimmt ständig zu. Neuerdings zeigt sich immer mehr Neigung, namentlich Steppdecken mit Kapokfüllung herzustellen und haben hierfür namentlich Frankreich und auch einige Balkanstaaten erhebliches Interesse. Übrigens hat sich nunmehr auch Australien entschlossen, den bisher dort nahezu einzig erhobenen Zoll auf die Rohkapokeinfuhr endlich aufzuheben und damit der dort ohnehin schon großen Verbreitung des Kapoks eine Steigerung zu geben.

Vom englischen Jutemarkt schreibt uns Herr Direktor C. Trapp, Hamburg:

Das abgelaufene Geschäftsjahr wird in englischen Juteberichten in jeder Hinsicht als das trostloseste bezeichnet, das die Juteindustrie je erlebt hat. Abgesehen von der schlechten Lage des Weltmarktes wirkte in England der dreimonatige Streik der Kohlenarbeiter lähmend auf Beschäftigung und Unternehmungslust der Juteindustrie. Die Produktionskosten stiegen wiederum erheblich, besonders durch die hohen Löhne, die erst im September einen kleinen Rückgang erfuhren, während die Fabrikatpreise ständig zurückgingen. Eine wirksame Belebung des Geschäfts trat erst im Dezember ein, als die Rohjutepreise, die trotz der kleinen Ernte sehr gedrückt waren, einen unerwarteten Aufschwung nahmen. Beträchtliche Aufträge, besonders für Linoleum-Hessians, wurden erteilt, so daß die Fabriken für die nächsten Monate wieder besser beschäftigt sind. Auch für gewöhnliche Hessians ist wieder mehr Interesse vorhanden, doch haben die Preise für Garne und Gewebe, trotz der vermehrten Nachfrage, sich vorläufig wenig geändert.

Im großen und ganzen macht sich auch in der Juteindustrie ein Gefühl des Optimismus nach zweijähriger Periode der Depression wieder bemerkbar, die Konkurrenz mit Kalkuttaware bleibt aber für die schottische Juteindustrie nach wie vor ein wichtiger Faktor.

Der Kalkuttamarkt zeigte im abgelaufenen Jahre keine so großen Preisschwankungen wie im Jahre 1920, wo 10 oz 40 inch Hessians sich zwischen 79 s und 28 s bewegten. Die Preise während des Jahres 1921 sind ständig gefallen, der höchste Preis war im September, nach der Eröffnung des Ernteergebnisses 31 s, während Ende Mai nur 19 s 6 d notiert wurden; der heutige Preis ist 22 s 6 d cif Dundee.

In New York ist der Markt vollständig leblos, aber auch hier hofft man auf Wiederbelebung der Geschäfte mit Beginn des neuen Jahres.

In den letzten vier Wochen stellen sich die Preisbewegungen wie folgt:

	Rohjute erste Marken Abldg. cif Dundee in £	1 Ball. fob Kalkutta in Rupien	S 6 Cops in Dundee per spyndle in s und d	Hessians 40 in 10½ oz Dundee in d
7. 12. 21.	24.10	54	2/10	3 42/48
14. 12. 21.	26.—	56	2 10	3 42/48
21. 12. 21.	27.—	58	2/11	3 42/48
28. 12. 21.	27.—	57	2/11	3 42/48

	Linoleum Hess. Bas. 40 in 10½ oz in d	Kalkutta Hess. 40 in 10 oz cif Dundee in s und d	Kalkutta Hess. 40 in 10 oz loko New York in cts	Indischer Wechselkurs in s und d
7. 12. 21.	4 36 48	21 6	4,50	1/43/4
14. 12. 21.	4 36/48	22 9	4,60	1/43 16
21. 12. 21.	4 42/48	23/—	4.75	1/45 16
28. 12. 21.	4 36/48	22/6	4,75	1/41/8

Verantwortlich für: Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten: Hauptschriftleiter Dr. Paul Hejle; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Anzeigenteil: Horst Weyhmann, Direktor des „Wirtschaftsdienst", G. m. b. H.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. — Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.